



Hauptausschuss

89. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:10 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 | Vorstellung des Vereins „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“ | 6 |
- Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12051 – Neudruck
- Gespräch mit dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Dr. Matthias Schreiber,
sowie Herrn Abraham Lehrer, Vorsitzender der Mitgliederversammlung,
Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorstand der
Synagogen-Gemeinde Köln

- 2 Fortschrittsbericht 2021 zur Ruhr-Konferenz (Bericht auf Wunsch der Landesregierung)** **25**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6165
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 3 NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!** **31**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941
- Ausschussprotokoll 17/1673 (Anhörung vom 09.12.2021)
- Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 4 Sachstand der bisherigen Auswirkungen des Umsetzungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])** **34**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6278
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die weitere Behandlung des Tagesordnungspunktes auf die Sitzung am 10. Februar 2022 zu vertagen.
- 5 Aktueller Sachstand Wanderausstellung des Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalens (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])** **37**

| | | |
|----------|--|-----------|
| 6 | Verschiedenes | 38 |
| | a) Sitzung und Workshop am 10. Februar 2022 | 38 |
| | b) Laufende Gesetzgebungsverfahren | 38 |

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk informiert, gemäß Beschluss des Ältestenrates vom 11. Januar 2022 dürften zugeschaltete stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses unter bestimmten Voraussetzungen digital ihr Rede- und Stimmrecht ausüben, auch wenn sich der Ausschuss de facto auf Sitzungen und Abstimmungen in Fraktionsstärke verständigt habe.

Die Sitzung werde live gestreamt.

1 Vorstellung des Vereins „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.“

Antrag

der Fraktion der CDU,

der Fraktion der SPD,

der Fraktion der FDP und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/12051 – Neudruck

- Gespräch mit dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Dr. Matthias Schreiber, sowie Herrn Abraham Lehrer, Vorsitzender der Mitgliederversammlung, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Meine Damen und Herren! Das Gespräch wollen wir mit dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Dr. Matthias Schreiber, führen, den viele von Ihnen seit Langem kennen, und mit Herrn Abraham Lehrer, dem Vorsitzenden der Mitgliederversammlung, dem Vorstand der Synagogen-Gemeinde Köln und Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland. Es soll um die Arbeit und die Projekte des Vereins im abgelaufenen und darüber hinausgehenden Jubiläumsjahr gehen. Wir wissen ja, dass Zeitrechnungen auch relativ sind und man gerade in Coronazeiten durchaus kreative Lösungen finden muss, um nicht nur in Brüssel Uhren anzuhalten, sondern auch in bestimmten Situationen das umzusetzen, was man in vielen, vielen Bemühungen vorbereitet hat.

Ich begrüße Sie ganz herzlich und kann ganz persönlich sagen, dass mich die Frage des jüdischen Lebens in Deutschland auch deshalb besonders interessiert, weil ich während des Studiums die Möglichkeit hatte, einen Schwerpunkt zu jüdischem Leben im hohen und späten Mittelalter an der Universität Trier mitzumachen. Das hat die Vielfalt dieses jüdischen Lebens zu anderen Zeiten für mich sehr erfahrbar gemacht. Das lebt regelmäßig nicht nur aus den Schilderungen. Wenn man sich Herkunft von Begriffen, von Wörtern, von Einflüssen vor Augen führt, die wir häufig gar nicht mehr als solche erkennen, die aber da sind – und es ist gut, dass sie da sind –, dann ist die Arbeit dieses Vereins auch jenseits des Jubiläumsjahres nicht zu unterschätzen.

Ich freue mich deshalb sehr, dass Sie unserer Einladung nachgekommen sind, uns nun zunächst die Arbeit und die Erfolge vorstellen wollen und wir dann Gelegenheit zu Nachfragen und gegebenenfalls Kommentierungen haben. – Wer von Ihnen möchte starten? Herr Dr. Schreiber, bitte schön.

Dr. Matthias Schreiber (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Ich verstehe das Signal von Ihnen so, dass ich starte. Ich darf Sie fragen, Herr Optendrenk, dass Sie es als einen Affront empfänden, wenn der wirkliche Gast, Herr Lehrer, beginnt und ich danach spreche.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Auf Englisch würden wir sagen: feel free.

Abraham Lehrer (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Er ist der Macher; er soll bitte beginnen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Dr. Matthias Schreiber (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Sie haben jetzt an einem formalen Punkt ein Beispiel erlebt, wie unsere Zusammenarbeit in den letzten Jahren war. Wenn Sie das auf inhaltliche Punkte übertragen, können Sie sich vorstellen, dass wir nach allem, was war, noch gut nebeneinandersitzen.

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Erste ist natürlich ein Dank für die Hilfe dieses Parlamentes und für die materielle Hilfe der Landesregierung, die uns zu einem sehr frühen Stadium, als noch gar nicht absehbar war, welches Jahr vor uns liegt und wie dieses Jahr verlaufen würde, in die Lage versetzt hat, die Arbeit aufzunehmen. Diese Unterstützung wurde durch die Bundesregierung und den Bundestag verstärkt, die uns ebenfalls stärker und nachhaltig geholfen haben.

Als Zweites möchte ich sagen, unser eigentliches Anliegen, das wir mit diesem Behelf „1.700 Jahre“ hatten, war die Möglichkeit, zu eruieren und zu diskutieren, ob wir nach der Schoah, an die wir nächste Woche hier im Parlament in NRW zentral erinnern werden, und nach einem Tag wie heute, an dem der 20. Januar 1942 in den „ZeitZeichen“ vorgestellt wird – der Tag der Wannseekonferenz –, in Deutschland mit der Zeit und der Arbeit, mit dem politischen Willen und den Dialogen auf das ganze jüdische Leben in diesem Land gucken können.

Wenn man sagt, das Ganze ist am Ende leichter als die Zeit des Nationalsozialismus, dann ist das nur bedingt so, weil auf das ganze jüdische Leben auch Edikte und Pogrome in den 1.700 Jahren fielen. Dass die jüdischen Verbände da mitgemacht und ihre Institutionen, Herr Lehrer, gesagt haben, wir wollen nicht auf das Verkürzte gucken, sondern auf das historisch gesehen Ganze – von dem Edikt Kaiser Konstantins, von den Urkunden in Köln mit ihrer Auswirkung in Nordeuropa –, war das Wagnis. Ich bin ganz erfüllt von dem Mut, der auch nach innen für die Gremien nötig war, das durchzusetzen und durchzuhalten.

Wir haben Ihnen einen Zeitungsartikel der FAZ von Silvester ausgelegt, der eine sehr differenzierte Würdigung mit einem Zitat des Zentralratsvorsitzenden enthält. Bei allem, wo wir noch nicht am Ziel sind, hat dieses Land in dem Jahr auf das jüdische Leben aufmerksam gemacht. Dass mit diesem Thema allein schon von der Infrastruktur eines Vereins bzw. einer Kampagne, die das nie erlernt hat, eine Überforderung einhergeht, hat man nach außen, Gott sei Dank, nicht so gemerkt, weil wir über die Antisemitismusbeauftragten und die Beauftragten für jüdisches Leben starke Partner hatten. Ich möchte an dieser Stelle Frau Leutheusser-Schnarrenberger nennen, die uns immer unterstützt hat. Das gilt aber auch für die anderen Bundesländer. Ich denke dabei sehr stark an Bayern und Baden-Württemberg, die uns geholfen haben.

Wir haben vor, in unseren Abschlussberichten eine Pressedokumentation zu machen und sind erstaunt, dass die internationale Presse über dieses Jahr – jetzt bin ich bei der Außenwirkung in die anderen Länder – zwei, drei Daumenstärken umfasst. Wir

haben täglich in sehr unterschiedlichen Ländern dieser Welt Artikel in den Medien. Das Thema wurde auch über die UNO transportiert. Ihr Besuch mit dem Ministerpräsidenten in Rom war ein wichtiger Besuch, der das Ganze internationalisiert hat. Gestern schrieb die zuständige Botschafterin im Auswärtigen Amt, Frau Kuchler, dass von den Botschaften in der Welt ein Herder-Sonderheft, das wir machen konnten, in großer Anzahl angefordert wird, um dieses Thema in den Botschaften lebendig und wach zu halten.

Unter dem Strich gibt es sehr viel Erstaunen und sehr viel Dankbarkeit über das, was wir geschafft haben. Es ist bei einer Möglichkeit wie dieser aber auch unsere Pflicht, zu sagen, was noch offen ist. Es ist nicht so, dass in erster Linie Antisemitismus bekämpft wurde. Das war nicht die Hauptaufgabe, sondern es war ein Beispiel, das wir gegeben haben. Trotz solcher Beispiele und die pädagogische Arbeit, die wir mit der Kultusministerkonferenz und mit unserer Generalsekretärin, Frau Löhmann, die aus Erfahrung die entsprechenden Personen motiviert hat, gemacht haben, bleibt sehr viel Arbeit mit Blick auf das jüdische Leben in Deutschland zu tun.

Wir haben nie so darüber gesprochen, Herr Lehrer: Mich selbst besorgt am meisten die Dialektik der politischen Bekenntnisse. Es wird gesagt, jüdisches Leben gehört in dieses Land. Die Bevölkerungspyramide in den jüdischen Gemeinden ist aber keine Palme, sondern eine Tanne. Es geht um die Frage, wie wir jüdisches Leben nachhaltig vital halten und unterstützen. Was brauchen Sie in den jüdischen Gemeinden? Was braucht unsere Jugend, um dieses Thema ohne Scheuklappen und ohne sich überfordert zu fühlen, aufzunehmen, damit es eines Tages ein ganz gewöhnliches Thema wird?

Wenn man solch ein Jahr begleitet, ist die Debatte im Hinblick auf die Olympiabewerbung des Landes interessant. Man fragt: „Darf sich dieses Land 2036 bewerben?“ und sieht gleichzeitig, in Atlanta waren Olympische Spiele, in Melbourne waren Olympische Spiele. Das sind Länder, die, wenn auch in ganz anderer Weise, Diskriminierungs- und Verfolgungsgeschichten haben. Ich glaube, da hat man hingeguckt. Das war auch in Südafrika der Fall.

Das Land hat es sich in der Aussöhnung nicht leicht gemacht. Den ersten Staatsvertrag mit den jüdischen Gemeinden hat damals Johannes Rau in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht. Die anderen Länder sind gefolgt. Unsere Meinung ist, ja, ich glaube, man darf das tun, wenn man diesen Flügel der Aussöhnung, der Erinnerung, der Standpunkte vielleicht in der Kulturarbeit bedenkt, die eine solche Olympiabewerbung begleiten mag, um das Thema offensiv anzugehen und sich nicht überrollen zu lassen.

Dankbarkeit besteht darüber, dass Sie zu einem frühen Zeitpunkt als Land Nordrhein-Westfalen gesagt haben, wir lassen uns auf dieses Wagnis ein. Wir hatten nicht unbekannte Partner wie Jürgen Rüttgers, Thomas Sternberg und Hans Leyendecker, den Kirchentagspräsidenten. Die haben als Kirchentagspräsident und Präsident des ZdK die Kirchen gerettet, die erstaunlicherweise an der Stelle am Anfang eher zurückhaltend waren, dann aber auch ihren Platz im Kuratorium gefunden und mitgearbeitet haben.

Mein ganz großer Dank geht auch an die Organisation, die Sie vertreten, Herr Lehrer, und für die Bereitschaft, sich darauf einzulassen und das Ganze als Kulturverein und nicht als konfessioneller Verband anzugehen. Danke für viele Impulse, viel Streit.

Abraham Lehrer (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal vielen, vielen Dank für diese Einladung. Dass Sie dieses Interesse an diesem Thema zeigen, ist für uns ein wichtiges Signal.

Auch ich möchte damit beginnen, mich beim Parlament, bei den Fraktionen, aus denen dieses Parlament gebildet wird, und bei der Landesregierung dafür zu bedanken, dass die Landesregierung sehr schnell, als wir in den ersten Tagen des Vereins auf Sie zugekommen sind und gesagt haben: „Wir haben da eine Idee und wollen etwas machen, wir wollen arbeiten“, gesagt hat: Na klar, wir unterstützen das, wir sind dabei und helfen auch mit finanziellen Mitteln, dieses Projekt zu befördern. – Dafür vielen Dank.

Ich möchte mich bei der Gelegenheit auch bei den Mitarbeitern bedanken. Da ist der ehrenamtliche Vorstand, da sind Professor Rüttgers und Frau Löhrmann, unser Geschäftsführer, aber auch die Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigten in der Geschäftsstelle des Vereins, die zu Zeiten der Antragseingaben, der Bewilligungsprojekte, der Bewilligungssitzungen wirklich viele, viele Überstunden geleistet und dafür gesorgt haben, dass wir halbwegs mit einem blauen Auge rausgekommen sind. Warum „blaues Auge“? Wie das so ist, wenn Ehrenamtler wie Dr. Schreiber, Professor Rüttgers und ich uns zu einem Kaffee oder am Abend mal einem Gläschen Wein getroffen haben, um dieses Projekt zu besprechen. Bis wir dann beschlossen und durch Gespräche gezielt eruiert hatten, dass es Menschen gibt, die das ganze Projekt wirklich unterstützen und sagen: „Das ist etwas, was es bisher so noch nicht gegeben hat; macht weiter“, hat es uns viel Zeit gekostet. Wir sind relativ spät bei Ihnen vorstellig geworden. Wir sind relativ spät im Bundestag vorstellig geworden. Wir sind auch relativ spät erst in den jüdischen Gemeinden und Landesverbänden vorstellig geworden.

Dieses Projekt zeichnet sich durch eines aus: Wenn ich das so flapsig sagen darf, hat die Erinnerung an jüdisches Leben in unserem Land – damit meine ich nicht nur die letzten 100 bis 150 Jahre –, immer etwas mit diesem Zeigefinger zu tun. Wir drei haben uns ein Ziel gesetzt und gesagt, wir müssen jüdisches Leben einmal anders beschreiben. Wir wollen und können die schlimmen Zeiten, von denen Dr. Schreiber gesprochen hat und die diese 1.700 Jahre mitgeprägt haben, nicht verdrängen, zurückdrängen oder vergessen machen. Das ist überhaupt nicht unser Ziel. Aber ich glaube, und da nehme ich den Mund ein bisschen voll, dass es uns in Teilen wirklich gelungen ist, der Gesellschaft aufzuzeigen, was jüdisches Leben bedeutet. Das ist nicht nur dieser Zeigefinger und sind nicht nur die schlimmen Sachen. Es geht auch darum, was jüdisches Leben heute bedeutet und wodurch es sich auszeichnet. Es geht nicht nur um den Hinweis: „Da steht die Polizei vor der Tür“, sondern darum, zu zeigen: Wie leben Juden? Wie feiern Juden? Was bestimmt den Alltag? Was bestimmt die besonderen Festtage? – All diese Sachen haben durch dieses Festjahr, durch das von uns ins Leben gerufene Projekt, großen Anklang in unserer Gesellschaft gefunden.

Lassen Sie mich einen kleinen Blick zurückwerfen: Sie werden sich an den seligen Ignatz Bubis und den seligen Paul Spiegel erinnern. Paul Spiegel kam aus Nordrhein-Westfalen. Er ist als Zentralratspräsident angetreten und hat gesagt: Ich möchte dieses jüdische Leben darstellen. Ich möchte der Gesellschaft dieses sich entwickelnde, florierende jüdische Leben vor Augen führen. – Er hat zum Schluss gesagt: Damit bin ich gescheitert. – Ich glaube nicht, dass er damit gescheitert ist. Aber er ist für uns eine Art Vorbild gewesen, sodass wir gesagt haben: Diese Idee ist absolut richtig; die wollen wir verfolgen.

Insofern muss man sich auch bei Frau Leutheusser-Schnarrenberger, beim Altministerpräsidenten Laschet und beim jetzigen Ministerpräsidenten Wüst bedanken. Ein weiterer Name, den ich in diesem Zusammenhang nennen will, ist Kardinal Woelki, der es geschafft hat, das Edikt – wenn auch nur für wenige Wochen – nach zwei schriftlichen Absagen aus dem Vatikan nach Köln zu holen, sodass man es sich im Original anschauen konnte. Dieses Edikt mal mit eigenen Augen zu sehen, hat in der jüdischen Gemeinde in Köln wirklich sehr, sehr viel Anklang gefunden. Dafür bin ich Herrn Kardinal, aber auch Herrn Ministerpräsident a. D. Laschet wirklich sehr, sehr dankbar. Sie haben durch Einwirken auf den Papst, durch das Nutzen ihrer Beziehungen in Rom ihren Teil dazu beigetragen und geschafft, das Edikt nach Köln zu holen.

Sie wissen alle, Corona hat dazu geführt, dass wir das Festjahr aufgrund einer sehr, sehr schnellen und großzügigen Entscheidung des Herrn Bundespräsidenten um ein halbes Jahr verlängern konnten. Der Bundestag hat sich angeschlossen. Der Landtag und die Landesregierung haben sich angeschlossen. Auch dafür vielen, vielen Dank.

Herr Dr. Schreiber hat schon darauf hingewiesen, die Intention dieses Festjahres war es nicht, den Antisemitismus zu bekämpfen. Das war nicht wirklich unsere Intention. Dass es vielleicht seinen Teil dazu beigetragen hat, will ich nicht infrage stellen. Das ist mit Sicherheit ein positiver Nebeneffekt.

Das Wesentlichste ist Folgendes, wenn Sie sich die Projekte anschauen, die eingereicht oder einfach in den Kalender eingetragen worden sind: Was haben Grundschulen, was haben Freizeitvereine, was haben Kirchenchöre und Rotary Clubs, was hat die Gesellschaft getan, um dieses Thema des Festjahres aufzugreifen und nicht wieder nur den erhobenen Zeigefinger zu nutzen? – Ich glaube, das ist uns gelungen.

Lassen Sie mich als Letztes sagen, das Projekt ist sehr, sehr erfolgreich – so glauben wir, so glaube ich. Es wäre schade, wenn es am 30. Juni einfach ersatzlos verschwinden würde. Ich weiß nicht, ob der Verein das richtige Instrument und die richtige Organisation ist, um diese Idee weiterzuführen. Man kann mit Sicherheit darüber nachdenken, ob man es auf der Bundesebene oder auf Europaebene hält. Es gibt viele Ideen. Man muss Gespräche führen, man muss viel überlegen, man muss sich ums liebe Geld kümmern. Aber die Idee ist gut, und wir sollten versuchen, und darum möchte ich Sie bitten, diese Idee über den 30. Juni hinaus weiter zu tragen. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Im Namen aller darf ich mich für diese beiden Beiträge herzlich bedanken. Sie haben uns einen einordnenden Überblick gegeben. Darum geht es. – Nun möchte ich Gelegenheit geben, Fragen und Anmerkungen aus unserer Runde beizusteuern. – Frau Schäffer, bitte schön.

Verena Schäffer (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Schreiber und Herr Lehrer, dass Sie heute da sind und die Aktivitäten des Vereins hier vorgestellt haben. Ich persönlich finde das, was der Verein auf die Beine gestellt hat, wirklich großartig. Ich habe im letzten Jahr versucht, die Aktivitäten über Ihre Newsletter und die verschiedenen Social-Media-Kanäle mitzuverfolgen, die Sie nutzen. Ich finde, das Tolle an dem Verein ist, wie Sie es gerade gesagt haben, dass 1.700 Jahre jüdisches Leben in den Vordergrund gerückt werden und die Vielfalt des heutigen jüdischen Lebens dargestellt wird. Dass Antisemitismus als Thema immer mitschwingt, ist allen klar, glaube ich. Aber es geht hier vor allen Dingen um die Darstellung jüdischen Lebens, und das finde ich sehr gelungen, gut und spannend.

Meiner Frage haben Sie gerade schon ein bisschen vorweggegriffen, Herr Lehrer, weil sie auch naheliegend ist: Wie geht es jetzt weiter? – Sie hatten schon gesagt, dass Sachen wegen Corona zurückgestellt werden mussten bzw. in der Umsetzung schwieriger waren. Deshalb ist es wirklich gut, in die Verlängerung zu gehen. Ich fände es total großartig, wenn es danach weitergehen würde. Ob der Verein das stemmen kann, können Sie am besten beantworten. Aber eine Art von Fortführung fände ich total gut, weil ich glaube, dass man gut daran anknüpfen könnte.

Das führt zu meiner Frage an die Landesregierung. Es gibt den Kooperationsvertrag mit der Landesregierung. Ich habe gerade noch mal versucht, ihn zu finden, habe ihn aber nicht gefunden. Ich weiß nicht, ob der Vertrag befristet ist. Sie haben auch Kooperationsverträge mit anderen Bundesländern geschlossen. Ich fände es wichtig, das nicht als Projekt zu begreifen, das zum 30. Juni ausläuft, sondern dass es darüber hinaus geht. Falls es dazu einer Anpassung des Vertrags bedarf, fände ich es gut, wenn man diese vornehmen würde.

Inwiefern sind die Projekte in dieser eigenen Fachszene geblieben? Herr Optendrenk sagte, dass er das Thema spannend findet und schon im Studium behandelt hat. Mir und anderen geht es ähnlich. Ich glaube, wir haben einen Blick dafür, gucken darauf, nehmen Angebote wahr und finden das total interessant. Die Frage ist: Schafft man es, in eine breite Öffentlichkeit zu wirken? – Ich habe mir die Frage schon ein bisschen selbst beantwortet. Wenn ich mich richtig erinnere, haben mehrfach der WDR und andere Medien berichtet. Ich würde sagen, damit haben Sie es geschafft, eine gewisse Wirkung in die Bevölkerung hinein zu erzielen. Wie bewerten Sie das? Wie ist Ihr Fazit anhand der Projekte? Haben Sie es geschafft, weitere Kreise zu erreichen? Ich finde, das Interessante an solchen Projekten ist, dass man es schafft, nicht nur diejenigen zu erreichen, die sich schon immer dafür interessiert haben, sondern darüber hinaus Leute zu erreichen. Ich glaube, Sie haben das durchaus geschafft, aber mich interessiert Ihre Perspektive dazu.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Auch von meiner Seite und der Seite meiner Fraktion ganz, ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen, aber auch für die wahninnige Arbeit, die Sie in der zurückliegenden Zeit geleistet haben und vermutlich noch weiter in diesem Sinne leisten. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank. Solch ein Engagement ist nicht selbstverständlich, aber es zeigt, es kommt von Herzen. Dafür kann man nicht genug danken.

Ich empfinde diesen Verein als einen Appell an unsere Gesellschaft, jüdisches Leben bewusst wahrzunehmen. Ich empfinde das auch als Herausforderung; denn ich bin mir nicht sicher, wie stark die Auswirkungen waren. Wir erleben es in den Medien. Ja. Wir erleben es in der Gesellschaft, die sich mit dem Thema auseinandersetzt. Aber wie weit ist das in die Gesellschaft eingedrungen? Ich vergleiche das mit einer Pflanze, die ich mit Wasser begieße: Inwieweit reicht das Wasser bis an die letzten Wurzeln? – Das ist für mich die Frage. Es wäre wunderschön, wenn es ganz durchdringen würde. Aber ich glaube, dazu bedarf es der Gesamtgesellschaft und nicht nur des Vereins mit ihren wahninnig engagierten Menschen, um das weiter zu leisten. Ich glaube, das ist eine Aufgabe, die noch viel, viel Zeit benötigt.

Deswegen würde ich gerne von Ihnen wissen – so ähnlich wurde es vorhin schon gefragt –, wie Sie die Auswirkungen dieses wunderbaren Angebotes bemessen, das es zurzeit, Gott sei Dank, noch gibt. Es würde mich interessieren, ob die jüdischen Gemeinden ein Feedback spüren, das dieses umfangreiche Angebot in unserer Gesellschaft ausgelöst hat und ob sie dadurch merken, dass die Gesellschaft neugierig geworden ist, dass die Gesellschaft mehr aufnimmt und interessiert wahrnimmt.

Für mich stellt sich natürlich auch die Frage nach der Zukunft. Köln ist mit dem dort entstehenden Museum sehr zentral. Das finde ich ganz fantastisch. In der letzten Legislaturperiode war dieser Ausschuss in Warschau. Einen Tag vor der Eröffnung des tollen jüdischen Museums in Warschau durften wir es uns anschauen. Dort wird jüdisches Leben von den Ursprüngen bis heute in einer fantastischen Art und Weise dokumentiert. So groß ist der Baugrund in Köln nicht, aber ich glaube, es ist ein Zeichen, wenn man solche Häuser baut und dort dokumentiert, dass man es auch auf Dauer sehr ernst meint und an dem Thema weiterarbeiten möchte. Mich interessiert, welche Anregungen Sie aus diesen ganzen Projekten gewonnen haben, an welchen Stellen man anknüpfen kann. Es soll ja kein Bruch entstehen; es soll eine Kontinuität bis hin zur Selbstverständlichkeit erfahren. Das wäre schön. Dazu würde ich gerne Ihre perspektivische Sicht hören.

Carina Gödecke (SPD): Dem Dank kann ich mich aus vollstem Herzen anschließen. Ich würde gerne an die Plenardebatte anknüpfen, die wir im Dezember 2020 zum Antrag geführt haben. In Vorbereitung auf den heutigen Bericht habe ich noch mal überlegt, was sich als roter Faden durch diese Plenardebatte und die Redebeiträge zieht. Dabei bin ich für mich auf drei Begriffe gestoßen: Hoffnung, Erwartung und Haltung. – Haltung vielleicht auch im Zusammenhang mit Bekenntnissen.

Wenn man sich auch auf der politischen Seite, der parlamentarischen Seite traut, einen ersten Rückblick zu ziehen, dann haben wir den Begriff „Hoffnung“ damals mit dem Begriff „gemeinsam feiern können“ verbunden. Ich glaube, es sollte eine der

zentralen Qualitäten sein, dass es zu Begegnungen kommt, zu Kontakten kommt, dass man Informationen einfach l'art pour l'art miteinander austauscht und nicht das Kennenlernen pädagogisch im Mittelpunkt steht, sondern die Begegnung und das Kennenlernen, das Erfahren im Rahmen der Begegnung erfolgt und dadurch Gemeinsamkeit entsteht. Da muss man ganz deutlich sagen, das ist nur zur Hälfte gelungen, weil äußere Bedingungen – Corona – ein fröhliches gemeinsames Feiern in der Weise gar nicht möglich gemacht haben. Deshalb bleibt das für mich auf der politischen Agenda, der parlamentarischen Agenda, der Vereinsagenda, der gemeinsamen gesellschaftlichen Agenda. Das müssen wir unbedingt hinkriegen – wann auch immer, aber mit voller Unterstützung.

Beim Begriff „Erwartungen“ würde ich sagen, das haben wir voll erfüllt. Die Aufmerksamkeit für jüdisches Leben in seiner Gesamtheit ist durch all die vielen Maßnahmen, die Berichterstattungen, aber auch die Veranstaltungen, die möglich waren, erfüllt worden. Das gilt vor allem auch für die Hoffnung, die sich durch die bisherigen Redebeiträge getragen hat, dass es um das moderne jüdische Leben geht, dass es nicht nur um eine historische Rückbetrachtung von 1.700 Jahren und die NS-Zeit geht, sondern vor allen Dingen um das Hier und Heute und damit den Blick nach vorne geht. Das ist uns, glaube ich, sehr gut gelungen. Aber das müssen wir natürlich verstetigen. Das ist gar keine Frage.

Zur Haltung denke ich, hat sich dieses Parlament keinen Vorwurf zu machen: weder im Positiven, wo wir zu schönen Ereignissen Haltung zeigen konnten, noch zu den schrecklichen Ereignissen, die es auch im letzten Jahr gegeben hat. Auch dazu hat das Parlament Haltung gezeigt.

Deshalb ist mit dem Antrag, mit der Debatte, mit der Förderung verbundene Erwartung, nämlich deutlich zu machen, wie sich das Verhältnis des Parlamentes und damit auch der Volksvertretung gegenüber dem jüdischen Leben, den konkreten, real existierenden jüdischen Gemeinden, den Menschen, der Kultur und der Historie gegenüber bestimmt. Ich glaube, das haben wir dadurch gut bestimmt bekommen. Das Verhältnis ist noch mal deutlich gemacht worden. Das finde ich deshalb so wichtig, weil daraus eine politische Verantwortung für die Gegenwart, aber insbesondere für die Zukunft erwächst.

In dieser Plenardebatte ist genau das, was Sie dargestellt haben, Herr Lehrer, schon deutlich angesprochen worden: Wir verbinden damit die Hoffnung, dass sich eine langfristige und nachhaltige Zusammenarbeit und Kooperation ergibt. – Wir haben damals offengelassen, ob es Landesregierung mit dem jüdischen Leben ist, ob es Parlament mit dem jüdischen Leben ist. Nach dem Jahr und nach den Redebeiträgen, die ich eben gehört haben, würde ich sagen, es geht um beides. Es geht aber insbesondere um die Volksvertretung, die auch Spiegelbild der Gesellschaft ist.

Ich will noch mal unterstreichen, dass es bei einer nachhaltigen und langfristigen Zusammenarbeit um viel mehr gehen muss als um die reinen Sicherheitsfragen von jüdischen Einrichtungen und jüdischen Gemeinden. Es muss um viel mehr gehen als die zeitgemäße Weiterentwicklung der Erinnerungskultur, der Gedenkkultur in Nordrhein-Westfalen und Deutschland insgesamt. Es muss auch um viel mehr gehen als „nur“ die Antisemitismusbekämpfung. Es geht um das, was Frau Müller-Witt eben als „mehr

Selbstverständlichkeit“ bezeichnet hat. Da will ich anknüpfen und nach dem bisher eher ausführenden Beitrag ein oder zwei Fragen stellen:

Wenn wir miteinander an die Stelle kommen, und ich glaube, darüber besteht viel Einigkeit – wahrscheinlich sogar eine ganz breit getragene Einigkeit hier im Raum –, dass mit dem Jahr und der Verlängerung nicht Schluss sein darf, dann will ich gar nicht fragen, welche konkreten Fortführungen es geben muss und kann. Sie, Herr Lehrer, aber auch Herrn Schreiber will ich fragen, ob es bereits Ideen gibt, wie man in einen gemeinsamen Arbeitsprozess kommt. Ich glaube, der Verein wäre in der Tat überfordert, die Arbeit weiterhin ehrenamtlich zu leisten und zu stemmen. Das Parlament ist aufgefordert, einen Prozess zu initiieren und sich seiner Verantwortung in diesem Prozess zu stellen.

Ich will deutlich machen, warum ich glaube, dass gerade Nordrhein-Westfalen und das Parlament von Nordrhein-Westfalen eine große Verantwortung haben. Sie haben einen Namen eben angesprochen: Paul Spiegel war während seiner Zeit als Zentralratsvorsitzender wirklich sehr häufig hier im Parlament und hat sehr maßgeblich dazu beigetragen, dass sich eine ganz bestimmte Haltung nicht nur bei der Landesregierung, sondern auch innerhalb des Parlamentes von Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zum jüdischen Leben und zur Selbstverständlichkeit des jüdischen Lebens in Nordrhein-Westfalen herausgebildet hat. Ich will das auch mit Ihrem Namen verknüpfen; denn das können Sie nicht, und das würden Sie auch nie tun. Aber es ist auch Ihnen zu verdanken, dass es einen sehr, sehr engen Kontakt zum Zentralrat und damit auch zu dem gibt, was heute jüdische Haltung, jüdische Position, jüdische Forderungen, jüdisches Leben bestimmt.

Da ich selbst der 18. Wahlperiode nicht mehr angehören werde, frage ich nach diesem Arbeitsprozess. Ich würde gerne beruhigt von außen betrachtet erleben, dass die Arbeit fortgesetzt wird und dem Landtag der 18. Wahlperiode, der sich am 1. Juni konstituieren wird, gerne in ein freundliches politisches Stammbuch schreiben, dass ich genau diesen Dreiklang zwischen Hoffnung, Erwartung und Haltung, den ich angesprochen habe, so unendlich wichtig finde, weil er die Spannbreite, in der wir uns politisch, gesellschaftlich und vielleicht sogar auch moralisch bewegen, deutlich macht. Ich glaube, dass nicht immer die Politik alleine dafür zuständig ist, dass sich innerhalb dieser Bandbreite viel entwickeln kann; aber die Politik ist ganz maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich daraus was entwickelt. Deshalb lautet meine Frage: Haben Sie eine Idee, wie wir den Arbeitsprozess gestalten können?

Helmut Seifen (AfD): Auch ich bedanke mich ganz herzlich bei den beiden Vertretern des Vereins, Herrn Dr. Schreiber und Herrn Lehrer, für ihren Vortrag. – Ich kann an das anknüpfen, was Frau Gödecke gesagt hat. Bei der Einbringung des Antrags habe ich die Ausführungen der Parteien als sehr hilfreich empfunden. Ich freue mich vor allen Dingen deswegen, Herr Lehrer, dass Sie noch mal deutlich betont haben, dass bei aller Notwendigkeit, sich daran zu erinnern, dass in diesem Land und auf diesem Boden Entsetzliches passiert ist – wir werden uns in den nächsten Tagen wieder daran erinnern – und immer wieder innezuhalten, wir den Blick für das nicht verlieren dürfen, was jüdisches Leben in 1.700 Jahren in Deutschland geleistet hat.

Ich hatte in meiner Rede auf Lessing, auf Moses Mendelssohn, auf Varnhagen von Ense, auf Simson Alexander David – einem ganz engen Freund von Lessing – und auf Johann Jacoby hingewiesen. Man hätte noch viel mehr sagen müssen, aber die Redezeit im Parlament ist begrenzt, und das ist auch gut so. Deswegen bin ich Ihnen sehr dankbar, dass Sie diesen Aspekt angesteuert haben. Meiner Ansicht nach ist es so, dass Menschen, die an eine Gruppe, an eine Bevölkerung denken, immer wieder in Erinnerung gerufen werden muss, dass hier so entsetzliche Dinge passiert sind, dass man sie sich nicht vorstellen kann. Wenn sie eine emotionale Nähe aufbauen wollen und sollen, müssen sie natürlich das erkennen, was man verloren hat. Ich hatte auch in meiner Rede gesagt, dass es im Grunde genommen eine unerklärliche und ungeheure Amputation unserer deutschen Kultur war, eine Masse an hochkarätigen Wissenschaftlern und Kulturträgern derartig wegzutreiben und zu ermorden. Das ist bis heute nicht verständlich.

Wenn man das zum Ausdruck bringt, ist es möglicherweise so, dass die Menschen der heutigen Zeit dann erst mal zur Besinnung kommen und merken, was da passiert ist, und die Nähe zu dieser Gruppe von Menschen wieder herstellen können, die sich zwar religiös definiert, aber hier voll in das „normale Geschäft“ integriert ist. Das wäre sehr zu wünschen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie diesen Aspekt eingebracht haben.

Meine Frage bezieht sich darauf, ob Sie in dieser kurzen Zeit und vor allen Dingen unter diesen unsäglichen Coronamaßnahmen und -bedingungen, die Chance hatten, wie es im Antrag steht, eine interreligiöse Debatte anzustoßen. Ich weiß nicht, ob das überhaupt in Ihrem Sinne war, aber im Antrag ist es so formuliert. Konnten Sie Präsenzveranstaltungen machen, in denen es möglich war, in die Richtung zu arbeiten, die ich gerade angedeutet habe? Inwiefern kann man an dieser Stelle weiterarbeiten?

Insofern unterscheiden sich meine Fragen nicht fundamental von den Fragen der anderen Kolleginnen und Kollegen aus diesem Raum, sind aber auf das zugespielt, was Sie vorgetragen haben, nämlich die Kulturleistungen jüdischer Personen über die Jahrhunderte hinweg als substanziell und konstitutionell für unsere Gesamtkultur, die wir in Deutschland und Europa pflegen, deutlich zu machen.

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lieber Herr Lehrer! Lieber Herr Schreiber! Gerne will ich auch im Rahmen dieser Aussprache das Wort ergreifen und an den Anfang einen Dank für Ihr Engagement in diesem Rahmen stellen. Ich finde, Ihre beiden Beschreibungen haben sehr gut klargemacht, was die Intention war. Ich erinnere mich auch noch gut an die Anfänge, als Sie gemeinsam mit Herrn Ministerpräsident a. D. Rüttgers bei Herrn Laschet waren und die Intention geschildert haben. Auch er hat das damals als innovativen Ansatz empfunden. Deshalb sind wir gern umgehend in die Unterstützung gegangen. Ich glaube, man kann schon vor Ende des Festjahres sagen, es hat sich definitiv gelohnt.

Wir sollten achtgeben, dass dieses noch vor uns liegende halbe Jahr nicht nur als Auslaufstrecke wahrgenommen wird, sondern versuchen, die Sichtbarkeit durch die Möglichkeiten, die wir aufgrund der veränderten äußeren Umstände haben, noch

einmal zu erhöhen. Wir wollen als Landesregierung gerne das Unsrige dazu beitragen. Im Juni müssen wir dann darüber nachdenken, wie es weitergeht.

Das bringt mich direkt zum zweiten Punkt. Ich will gerne anbieten, dass die Landesregierung als Partner für diese Überlegungen zur Verfügung steht. Das gilt sowohl mit Blick auf mögliche Formen, als auch mit Blick auf die Ausgestaltung und das, was dafür notwendig ist. Das beantwortet die Frage von Frau Schäffer und ergänzt den Beitrag von Frau Gödecke. Neben dem Parlament ist natürlich auch die Landesregierung bereit, an diesem Prozess teilzuhaben. Daran haben wir ein erhöhtes Interesse.

#In den Beiträgen von vorhin und aus dem, was Sie gesagt haben, Herr Lehrer, wurde sehr gut klar, dass es neben dem jüdischen Leben im engeren Sinne, was das Gemeindeleben angeht, neben den damit leider häufig verbundenen Fragen der Sicherheit, die uns im Kontext des Staatsvertrages wieder beschäftigen, aber auch den Fragen der Erinnerungskultur und des notwendigen Gedenkens sowie des lebendigen kulturellen, gesellschaftlichen jüdischen Lebens einen Rahmen braucht, um noch stärker sichtbar zu sein und all das, was wir in anderen Kontexten tun, nicht nur bewahrt wird, sondern auch seine schöpferische Kraft für das entwickeln kann, was in der Zukunft sein wird. So habe ich eben auch Herrn Schreiber verstanden. Er sagte, dass sich viele Fragen bei ihm darum drehen, was man tun kann, um dem jüdischen Leben in Deutschland und in besonderer Weise in Nordrhein-Westfalen zu helfen, damit es dauerhaft diesen Platz hier hat und seinen besonderen Beitrag dazu leisten kann. Das ist uns ein großes Anliegen. Insofern wollen wir gerne neben den Dingen, die in den eben beschriebenen Bahnen stattfinden – Staatsvertrag, Antisemitismusbeauftragte etc. –, gerne einen eigenen Strang unterstützen, der sich mit der Frage beschäftigt, was in den nächsten 1.700 Jahren an jüdischem Leben in Nordrhein-Westfalen florieren kann. Dementsprechend hoffen wir, dass Sie dazu weiterhin Ihre Kraft einbringen. In welcher Aufstellung das erfolgt, werden Sie sehen.

Frau Schäffer, was die Vereinbarung und die Verträge angeht, ist für alles gesorgt. Es wäre ein Leichtes, an der Stelle andere Daten einzusetzen. Es ist richtig, wir brauchen einen Prozess. Aber ich glaube, dieser muss vor allen Dingen auf der Seite des Vereins stattfinden, ohne damit zu sagen, dass er von da kommen muss. Wir wollen von Anfang an gerne dazu beitragen und stehen als Gesprächspartner bereit, um letztlich – um die Ausführungen von Frau Gödecke aufzugreifen – das gemeinsame Feiern mit der Verlängerung ab Juni zu verbinden. Vielleicht kann man das in einen geeigneten Rahmen bringen. Ganz unabhängig davon, was sonst in Nordrhein-Westfalen stattfindet, glaube ich, dass das auf jeden Fall stattfinden kann und soll. Daran beteiligen wir uns gerne.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich bitte nun Sie beide, sich in der Ihnen eigenen Art zu einigen, wer sich die Wortmeldungen vornimmt, und ob Sie Ihre Antwort aufteilen möchten oder nicht. Das scheint ein sehr dialektischer Prozess zu sein. Bitte schön.

Abraham Lehrer (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit der von mehreren

Abgeordneten gestellten Frage, wie es weitergeht. Wie stellen wir uns das vor? Wie könnte so etwas aussehen? – Ich habe es schon kurz skizziert: Der Zentralrat der Juden hat begonnen, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir uns vorstellen würden, dass so eine neue Idee – Sie haben es dankenswerterweise „innovative Idee“ genannt – weitergeführt werden kann. Welche Rahmenbedingungen sollten gegeben sein? Es wird noch vier bis sechs Wochen dauern, dann wird der Zentralrat seine Position dazu gefunden haben, denke ich.

Die Gespräche, die wir immer wieder mit der Landesregierung NRW, mit anderen Landesregierungen, mit Antisemitismusbeauftragten und mit sonstigen Kulturschaffenden geführt haben, haben uns aufgezeigt – jetzt bin ich gegenüber meinem eigenen Verein oder meinen eigenen Idee gegenüber despektierlich –, das einfache Weiterfeiern ist nicht das Richtige. Aber die Idee, die sich in dem Feiern verbirgt, dass wir nämlich das heutige jüdische Leben darstellen, ist hervorragend und muss weitergeführt werden.

Es gibt – vor allen Dingen auf jüdischer Seite, glaube ich – starke Verfechter, die sagen, Deutschland hat eine ganz besondere Geschichte und ein ganz besonderes Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft, also muss das an und für sich hier in unserem Land gemacht werden. Aber es gibt auch sehr viele, die sagen, auch andere Länder haben sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert, und wir sollten prüfen, ob wir das nicht auf die Europaebene heben und versuchen, mit solch einer Idee auch dort Fuß zu fassen und den Dingen, die heute im Sinne von Antisemitismus und Rassismus passieren, entgegenzuwirken. Ich sage noch mal, diese Idee ist auf jüdischer Seite, aber auch auf nichtjüdischer Seite, glaube ich, relativ weit vertreten.

Sie haben richtig beschrieben, wir sind alle Ehrenamtler. Wir haben uns für dieses erste Halbjahr vorgenommen, entsprechende Gespräche in Brüssel zu führen, um zu eruieren, was machbar ist. Wir mussten auf die neue Bundesregierung warten, werden jetzt aber unsere Drähte dorthin spielen lassen, um zu gucken, wie sich die Ampelkoalition dazu stellt. All diese Dinge wollen wir relativ zügig abklären, damit wir zum 30. Juni zwar kein Konzept, aber zumindest mit einer groben Idee vielleicht schon an die Öffentlichkeit gehen können, eine solche aber zumindest intern präsentieren können: Was wäre denkbar? Wie könnten wir gehen? Was haben wir in Berlin, in Brüssel und auch in Düsseldorf oder in anderen Hauptstädten unserer Bundesländer gehört? – So weit zur Frage, wie es weitergehen kann und welche Vorstellungen wir dazu haben.

Wen haben wir erreicht? Verzeihen Sie mir das Eigenlob: Ich glaube, da haben wir vorbildlich agiert. Wir haben junge Menschen erreicht: Wir haben Grundschüler erreicht. Wir haben Gymnasiasten erreicht. Wir haben Studierende erreicht. Wir haben junge Berufstätige, Senioren, Kirchenchöre und Rotarier erreicht. Das ist wirklich ein ganz, ganz breites Spektrum. Das kann man mit Sicherheit noch weiter auffächern und versuchen, zu verbreitern. Lassen Sie mich aber eines klar sagen: Wir haben und hatten nicht den Anspruch und glauben auch nicht daran, die sogenannten Ewiggestrigen mit solchen Veranstaltungen überzeugen bzw. bekehren zu können. Da sind wir, glaube ich, sehr realistisch.

Bei einer Grundschule in Nürnberg geht es um ein Kunstwerk, das die Kinder zusammen gestalten. Das Kunstwerk befasst sich mit der Schoah. Das ist zwar wieder der Blick rückwärts, aber für Grundschüler halte ich das für etwas Besonderes. Wenn Sie

lesen, wie viele Kirchengemeinden und wie viele Sportklubs sich an einem Projekt „Sukkot XXL“ beteiligt haben und zusammen mit jüdischen Menschen dort gesessen haben und sich haben erläutern lassen, was dieses Sukkotfest bedeutet, was die Sukka bedeutet, welche Riten da gelten und was man in einer Sukka macht, dann ist das auch eine sehr schöne und sehr gute Idee gewesen. Wir können mit Stolz sagen, wir haben damit die richtigen Leute erreicht.

Wie weit ist es in die Gesellschaft eingedrungen? Wir haben ein dickes Manko. Aber keiner von uns hat, ehrlich gesagt, mit so einem Erfolg gerechnet. Insofern haben wir das – das sage ich ganz offen – nicht überlegt, nicht angeleiert. Wir haben keine wirkliche externe Evaluation in Auftrag gegeben, um das wissenschaftlich aufzuarbeiten. Wir können nur versuchen, das im Nachhinein zu machen. Aber im Moment kann ich Ihre Frage, inwieweit wir durchgedrungen sind und den Kern der Gesellschaft getroffen haben, nicht wirklich beantworten, Frau Müller-Witt. Ich sage noch mal, keiner von uns hat mit solch einem breiten Erfolg gerechnet, dass wir gesagt hätten, das muss man direkt so auffangen.

Ich halte das ganze Projekt für einen ersten Schritt. Ich darf noch mal den seligen Ignatz Bubis und den seligen Paul Spiegel ins Spiel bringen. Den beiden schwebte damals schon dieses Präsentieren von normalem jüdischem Leben vor. Das ist uns zum ersten Mal halbwegs gelungen. Insofern sage ich noch mal, das ist für mich ein erster Schritt. Dem müssen weitere Schritte folgen.

Wie geht es weiter? Das ist für mich dieselbe Frage. Wir haben mal ganz zu Anfang überlegt: Sind diese 1.700 Jahre etwas, was nur in Köln gefeiert werden sollte? Soll man es auf NRW-Ebene heben? – Wir haben uns dann entschlossen, es auf Bundesebene zu machen. Der zweite und dritte Schritt muss wieder gut überlegt werden.

Wir sind dankbar für Ihr Angebot, Herr Liminski, und werden das mit Sicherheit gerne wahrnehmen und auch Sie, meine Damen und Herren Abgeordneten, einbeziehen, um zu überlegen: Was können wir machen? Welche Ideen haben Sie? Was antwortet Brüssel, was antwortet Berlin?

Welche Anregungen haben wir bekommen? Wir haben sehr viele Anregungen bekommen. Ich komme auf das Beispiel der Grundschule zurück: Wenn sich ein Kinderchor in der Schule mit jüdischen Liedern – ich nenne es mal Volksmusik – beschäftigt, dann finde ich das einfach toll. Ich glaube, das ist etwas, was Kinder anspricht. Das ist eine Anregung, auf die ich nie gekommen wäre. Ich hätte gedacht, das ist Blödsinn, das interessiert die Kinder doch nicht. Nein, es hat funktioniert. – Von solchen Anregungen haben wir eine ganze Menge bekommen. Vielleicht sagt Herr Dr. Schreiber gleich noch etwas dazu.

Für die Resolution sind wir sehr dankbar, Frau Gödecke. Gestatten Sie mir ein privates Wort: Ich höre zum ersten Mal, dass Sie in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr dabei sind. Vielleicht stand es in der Presse, aber an mir ist das vorbeigegangen. Das finde ich sehr, sehr traurig. Den Rest besprechen wir nachher.

(Carina Gödecke [SPD]: Ich bin ja noch da!)

Ja, Sie haben recht. Die Frage der Sicherheit, die Frage der Gedenkkultur, der Kampf gegen Antisemitismus stellen die Basis von all dem dar. Aber ich möchte noch mal betonen, dieses Festjahr ist von uns nicht primär als eine neue Form der Gedenkkultur gedacht. Es ist vielleicht etwas Weiterentwickelndes, aber mit Sicherheit nicht als wirklicher Kampf gegen Antisemitismus empfunden worden oder gedacht gewesen. Wir haben gesagt, wir wollen mal was anderes ausprobieren. Sie haben absolut recht, diesen Weg muss man weitergehen und den wollen wir auch weitergehen.

Herr Seifen hat interreligiösen Dialog angesprochen. Der wissenschaftliche Beirat hat in die Kriterien für die Vergabe von Geldern des Landes und des Bundes natürlich auch interreligiöse Dinge aufgenommen. Es gibt solche Projekte, aber ich würde sagen, sie sind nicht sehr zahlreich und nicht sehr groß. Ich glaube, diesen interreligiösen Dialog gab es schon vorher. Er hat manchmal besser und manchmal weniger gut funktioniert. Aber das gab es schon. Dass solche Gespräche und Treffen unter den Aspekt der 1.700 Jahre gestellt wurden, will ich nicht verneinen. Aber ausgehend von den Projekten, die wir dank der zur Verfügung gestellten Mittel mitfinanziert haben, ist der interreligiöse Dialog eher schwächer vertreten. – Ich hoffe, ich habe nichts Wesentliches übersehen. Sonst ergänzen Sie mich bitte, Herr Dr. Schreiber.

Dr. Matthias Schreiber (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Herr Lehrer, ich möchte etwas ergänzen und eine andere Sichtweise darstellen, wie wir das immer halten. – Ihre Rückfragen harmonieren auf der Basis, dass alle gespürt haben, dieses Jahr tut diesem Land gut, tut dieser Demokratie gut und tut seinen Institutionen geht. Das bringt uns zu der Frage, was wir davon halten können.

Man muss ehrlicherweise sagen, dieser Verein ist als Kampagne gedacht gewesen, und Kampagnen sind begrenzt. Das wissen die Mitarbeiter mit Arbeitsverträgen. Das ist hart – auch vor Weihnachten. Das wissen wir. Aber die Aufgabe bleibt. Ich dachte, Heinrich Albertz und Johannes Rau haben sich damals um den Ausgleich mit Martin Buber und mit Leo Baeck gekümmert, und wir haben heute den abrahamitischen Ausgleich zum Islam. Für mich ist der Mehrwert, jede Generation und jeder Mensch in diesem Land muss sich seinen Zugang und seine Haltung auch zu diesem Thema „jüdisches Leben“ – ob er als Jude hier lebt oder nicht als Jude hier lebt, das ist völlig egal – eigenständig erarbeiten und ausprägen. Das können wir unseren Kindern nicht abnehmen. Aber wir können unseren Kindern Wege legen, wie sie zu dieser Frage kommen, die am Ende indirekt auch den Antisemitismus berührt, eine Haltung finden werden. Wenn wir das begreifen, werden wir unruhig bleiben und fragen, wo wir noch etwas und mehr tun können.

Das Beethovenjahr sollte verlängert werden, und es ist schiefgegangen. Trotzdem hören die Menschen Beethoven – auch in Nordrhein-Westfalen. Das muss man so sagen. Wir hören ja nicht auf, befreundet zu sein, zu diskutieren und miteinander zu reden. Wir haben überlegt: Sollen wir jeden, der den Vertrag unterschrieben hat, bitten, dem Verein 50.000 Euro oder 100.000 Euro pro Jahr zu geben? Das ist für alle Länder eine Grundsumme, um eine Geschäftsstelle zu erhalten. Aber wie erhält man die Kampagne bei Flamme? Das ist die Frage. Es geht nicht darum, wie wir Stellen versorgen. Das hört sich sehr hart an. Das kann harmonieren, aber es muss nicht unbedingt

harmonieren. Deshalb stellen wir momentan die Fachfragen in den Vordergrund, um dann möglicherweise die politischen Gespräche zu suchen.

Wir haben ursprünglich gedacht, wir machen das 2021 in Deutschland und gehen 2025 nach Europa. Wir haben Gespräche mit Frau von Schnurbein und einem Ausschuss auf Europaebene geführt und festgestellt, das ist komplexer. Du kannst Europa nicht linear hochrechnen, wenn man Länder wie Polen und Ungarn sieht. Wir waren in Kazimierz im jüdischen Viertel. Carina Gödecke und der Landtagspräsident waren dabei. Unser Guide, ein Journalist aus NRW, sagte, er zeigt uns an einem Schaubild, wo die jüdischen Standorte sind. Das Schaubild war ausgetauscht, und zwei katholische Kirchen waren einkopiert. Dem versagte die Sprache, und ihm wich das Blut aus dem Gesicht. Was die an der Stelle über Nacht ersetzt haben!

Wir haben Überlegungen angestellt, ob wir bei der Kulturhauptstadt als eine Säule das Kriterium einbauen: Für eine Bewerbung gehört dazu, sich mit der jüdischen Geschichte und der jüdischen Gegenwart dieser Stadt auseinanderzusetzen, wie auch immer diese Stadt heißt – Prag, Krakau, Madrid –, um einen Aspekt dieser Idee europaweit weiterzudenken.

Zum Wirkungsgrad: Der Anschlag in Halle war vor 2021. Wir haben Glück gehabt, dass wir keinen tödlichen Anschlag in diesem Jahr hatten. Das ist nicht das Verdienst des Vereins, aber wir sind sehr dankbar, dass wir nicht die Auseinandersetzung führen mussten und keinen extremen Antisemitismus mit tödlichen Folgen in diesem Land erleben mussten. Das ist uns erspart geblieben. Das ist der Polizei zu verdanken. Das ist viel Glück. Man kann im Nachhinein sagen, das war kein politischer Sachverstand, sondern das ist so.

Haben wir jenseits der öffentlich-rechtlichen Medien, jenseits der Schuldirektorenkonferenzen usw. die Menschen erreicht? Ich glaube, die Frage stellt sich jeder von uns jeden Tag. Als Elternteil oder als jemand, der im Schulamt oder im Jugendamt sitzt, weiß man, ein: „nein, lass das“ hilft da nicht. Da muss man ein bisschen mehr in attraktive Programme investieren, um zu vermitteln, das Leben kann auch diesseits der Leitplanke spannend sein. Man muss dafür keine Tabus brechen oder gar solche antisemitischen Narrative überliefern.

Jeder von uns hat eigene Lieblingsveranstaltungen. Ich nenne mal zwei: Bewegend war es in der Neuen Synagoge in Berlin mit dem Polizeiorchester Berlin-Brandenburg in Uniform – zum ersten Mal in dieser Synagoge. Ich war mal mit NRW-Polizisten in Yad Vashem. Das war auch bewegend. Diese Uniformen, die in jüdischem Kontext diese Befehlstöne in Erinnerung rufen: Stopp! Geh! Halt! Rein! – Zu sehen, wie es aufgenommen wurde, als wir an den Polizisten Wilhelm Krützfeld aus der Nazizeit erinnern haben, der verhindert hat, dass diese Synagoge niedergebrannt worden ist, war für mich eine ganz bewegende Szenerie. Dazu hat auch Sharon Brauner, eine jüdische Sängerin und Schauspieler, mit ihren Liedern beigetragen und in eine andere Atmosphäre gehoben.

Völlig falsch eingeschätzt hatte ich einen Abend, an dem ich für irgendjemand anderen in einem Kulturzentrum in Düsseldorf eingesprungen bin. Das sollte eine Weinprobe mit einem Rabbi sein. Das hatte ich mir zwischen zwei andere Termine gelegt. Ich

hätte mir da richtig einen gebrannt, weil das in diesem Ziegelkeller so schön war. Ich dachte, ich gehe hin, spreche ein Grußwort und haue wieder ab. Das war hinter dem Höherweg in einem Kulturzentrum hier in Düsseldorf. Der Plan war, die Veranstaltung schnell zu besuchen und schnell wieder zu gehen. Ich habe mich geärgert, dass ich professionell dahingegangen bin und nicht mein Herz und meine Seele geöffnet habe, um mich auf diese Weinverköstigung einzulassen. Das Catering gab es von einem jüdischen Altenheim. Es hieß: „In Frankfurt waren wir bis vier Uhr und in Berlin bis sechs Uhr“, und ich musste weg. – Die Leichtigkeit junger Menschen, die gar nicht aus der Szene oder im öffentlich-rechtlichen Rundfunk oder als Journalisten tätig sind ...

Ich will noch etwas aus dem jüdisch-christlichen Bereich sagen. Die haben gesagt: Wir sind verzweifelt und kommen nicht weiter. Sagen wir einen Satz, kommen die Abrahamiten und sagen, das können wir nicht tun, weil wir als Erstes die Palästinenserfrage klären müssen, wenn wir uns hier engagieren. Aber ihr habt uns mit eurem Rahmen eine Hoffnung gegeben, sodass wir unheimlich viel in diesem Jahr machen konnten. – Wir können das an der Stelle nicht messen, aber wir haben es gehört.

Silvester kam ein Brief von einem Mann mit einem sehr großen politischen Leben, der zum weiteren Kreis gehört. Er sagt, unter all den Ämtern, die er innehatte und ausgeübt hat, war das Amt, das ihn am meisten erfüllt hat. – Das war Herr Sternberg. Ich kann das sagen. Der Brief hat mich bewegt, weil Herr Sternberg viele Ämter hatte und hat. Er sagte: Wir haben viel zurückbekommen. – Und das von einem, der den Katholikentag nicht durchführen konnte! Das war auch ein Rohrkrepiere. Der ökumenische Kirchentag in Frankfurt konnte coronabedingt nicht stattfinden. Da hatten wir noch Großes geplant. Wir sind also auch im Wissenschaftlichen überall da.

Wir haben die Idee, die Parteien anzusprechen und zu fragen: Könnt ihr über eure Bildungsstiftungen drei oder vier Promotionsstipendien vergeben? – Diese Arbeit ist überparteilich getragen. Das ist von Herrn Spaenle in München von der CSU bis zu Frau Leutheusser-Schnarrenberger von der FDP und all den anderen genannten Namen demokratisch zuordbar, aber nicht parteipolitisch. Die Offenheit der Demokraten für dieses Jahr ermutigt uns, eine solche Auswertung zu machen.

Herr Seifen, nicht als Korrektur, sondern als Bereicherung meinerseits möchte ich etwas ausführen, was ich gelernt habe: Wir haben uns vor Weihnachten mit einem Vortrag von Heinrich Böll über eine jüdische Bevölkerung im Rheinisch-Bergischen Kreis beschäftigen können, der publiziert worden ist. Er fängt genauso an, wie Sie begonnen haben: Was ist da verloren gegangen! – Doch dann sagt er: „Leute, das ist doch schon wieder utilitaristisch“ und erzählt von jüdischen Hirtenjungen, die abgeholt werden. Er erzählt von jüdischen Fabrikarbeitern, die abgeholt werden. Er erzählt, wie in dieser Stadt nahe des Braunkohlenreviers ein Fabrikarbeiter den Stadtrat und den Bürgermeister darauf aufmerksam macht, dass immer noch die Wehrmachtsdenkmäler stehen und immer noch dies und das. Dann dauert es noch mal 20 Jahre, bis dieses Dorf dazu kommt, das zu würdigen. Auch dieser Blick, der uns öffnet, sensibilisiert und sagt: nicht nur die ausgewanderten Nobelpreisträger, sondern das Einfache, wo Mutter und Kind zerrissen werden ... Wenn man heute auf einer jüdischen Beerdigung ist, kommen die Leute aus fünf Kontinenten. Leute sagen dir: Ich hatte keinen Großvater. – Wir müssen dafür sensibel werden und dürfen nicht glauben, mit dem Abtreten der

Zeitzeugen ist dieses Thema für unser Land tabu. Dieses Thema hat einen Ewigkeitscharakter. Damit kennen wir uns in NRW vom Bergbau und von vielen anderen Fragen her aus. Sich das auf den Leib rücken zu lassen, kann man nicht jeden Tag in voller Härte. Es ist wichtig, Menschen zu finden, die einen da mittragen und durchtragen, da weiterzumachen und eine Form zu finden.

Ich habe immer gesagt, wir kriegen mal eine Villa Massimo für jüdische Kultur in Köln. Das ist ein großes Projekt. Es ist eine Idee, wie man Linien weiterziehen kann. Wie auch immer. Da würden wir noch mal auf Sie zukommen.

Daniel Hagemeier (CDU): Herr Schreiber und Herrn Lehrer, vielen Dank auch im Namen der CDU-Fraktion für Ihren Vortrag und für Ihr Engagement. – Meine Frage haben eben schon die Kolleginnen der SPD und der Grünen gestellt. Das ganze Projekt ist ein erster Schritt, haben Sie gesagt, Herr Lehrer. In genau diese Richtung ging meine Frage: Wie kann man Ihre begonnene Arbeit fortsetzen? – Diese Frage ist schon skizziert und beantwortet worden.

Eine weitere Frage lautet sehr ähnlich: Wie kann aus Ihrer Sicht eine weitere Unterstützung speziell durch die politischen Gremien im Landtag aussehen?

Wir können uns glücklich schätzen, und das ist auch aus unserem gemeinsamen Antrag 2020 hervorgegangen, dass jüdisches Leben und die Kultur hier in Nordrhein-Westfalen insgesamt wieder sehr vielfältig stattfinden. Da können wir uns insgesamt sehr glücklich schätzen.

Angela Freimuth (FDP): Herr Dr. Schreiber! Herr Lehrer! Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will es auch kurz machen, weil vieles gerade schon von den Kolleginnen und Kollegen angepickt und von Ihnen in Ihren weiteren Erläuterungen angesprochen wurde. So wichtig der Blick auf jüdisches Leben und dessen Bedeutung für Kultur, Wissenschaft und Politik, für die Geschichte unseres Kontinents und natürlich auch unseres Landes und für die Philosophie des Heute ist, merken wir immer wieder, dass wir zu dem Thema „Schoah“ und zu dem historischen, aber auch gegenwärtigen Antisemitismus zurückkommen. Was ich an Ihrem Wirken und auch der Idee und deren Umsetzung ganz wunderbar finde, ist, dass wir die Selbstverständlichkeit des jüdischen Lebens heute stärker zeigen wollen und zeigen müssen. In der Zivilgesellschaft gibt es mehr Offenheit, um jüdisches Leben aktiv in unsere Stadtgesellschaften hinein zu bringen, es nicht in einem inselartigen Exotenstatus zu belassen, sondern als ein selbstverständliches Element unserer Gesellschaft darzustellen.

Ich merke bei meinen Besuchen der jüdischen Gemeinden oder den Gesprächen, wie stark dieser Wunsch ist, ganz normal an allem teilzuhaben und bei allen Fragen nach Sicherheit, nach Ausgrenzung, nach diesem Sonderstatus und den Hemmungen, die es nach wie vor in unserer Gesellschaft gibt, Brücken zu bauen. Ich finde, das ist Ihnen mit Ihren Mitstreitern und vielen Verbündeten in Ihrem Wirken sehr, sehr gut gelungen, beschreibt aber aus meiner Sicht auch genau die von Ihnen bereits skizzierte Notwendigkeit, diesen Weg weiterzugehen, weil wir in einem oder in zwei Jahren nicht alle Brücken bauen, die wir wirklich für ein friedliches, freiheitliches und selbstverständliches Miteinander von Menschen in unserem Land brauchen und wünschen. Insofern

freue ich mich sehr auf die Vorschläge, wie aus Ihrer Sicht und aus Sicht des Zentralrates der Juden in Deutschland eine solche weitere Arbeit an mehr Selbstverständlichkeit des Miteinanders aussehen kann. Ich denke, da wird sicherlich ein guter Anschlusspunkt gegeben sein, um hier noch mal in den Dialog einzutreten. Insofern auch vonseiten der FDP-Fraktion noch mal ganz herzlichen Dank und weiterhin ein erfolgreiches Wirken. Vor allen Dingen wünsche ich uns, dass wir noch Phasen ohne Pandemie erleben, in der tatsächlich das unmittelbare persönliche Miteinander, das der beste Brückenbauer sein kann, wieder möglich ist.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Lehrer, Sie hatten schon gesagt, dass der Zentralrat sich mit der Frage befasst, wie es weitergehen soll. Falls Ihnen es möglich ist, würde ich auch gerne wissen, wie die jüdischen Gemeinden diese ganzen Aktionen und dieses Jahr mit sehr viel Aufmerksamkeit empfunden haben. Ich würde gerne von unten her wissen, wie das angekommen ist und fragen, ob es unmittelbar aus den Gemeinden Wünsche gibt, wie diese Zusammenarbeit, dieses bewusste Zusammenleben weiter gestaltet werden soll.

Abraham Lehrer (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Vielen Dank für das Kompliment. Wie heißt es immer so schön? So was hört man gerne. Ich verstehe das für uns als weiteren Ansporn, diese Geschichte über den 30. Juni hinaus fortzuführen. Ich glaube, solche Worte des Lobes kommen gut an. Noch mal vielen Dank dafür.

Herr Hagemeier, Sie haben gefragt, was der Landtag tun kann. Auf die Frage von Frau Müller-Witt habe ich geantwortet, eine Art Evaluation konnten wir nicht machen. Herr Liminski verzeiht mir, wenn ich mich mal frech aus dem Fenster lehne und sage, was der Landtag machen könnte, was die Landesregierung machen könnte. Fragen Sie mich bitte nicht, was so was kostet. Keine Ahnung. Wir haben uns mit diesem Thema wirklich noch nie beschäftigt. Aber das können wir relativ kurzfristig machen und dem Parlament und der Landesregierung eine Größenordnung liefern, was solch eine Evaluation kosten würde. Das ist etwas, was uns sehr, sehr weiterhelfen würde. – Ich sehe viel Kopfnicken. Dann würden wir uns um eine Zahl bemühen, gucken, wer so etwas machen kann und wer Kapazitäten frei hat, sodass das halbwegs zeitnah geschehen kann. Das würden wir Herrn Liminski liefern. Den Rest überlassen wir Ihnen: ob das Parlament der Vorreiter ist oder ob die Bundesregierung oder die Landesregierung das macht. Das ist uns dann egal, aber das wäre ein konkretes Projekt. Ich betone noch mal, ich habe wirklich keine Ahnung, ob wir von einem fünfstelligen Betrag im mittleren oder oberen Bereich oder von einem sechsstelligen Betrag reden. Das weiß ich nicht; dazu kann ich nichts sagen.

Frau Müller-Witt, natürlich gab es in den Gremien der Landesverbände des Zentralrats Fragen: Was macht der Lehrer da? Wieso ist er da drin? – Natürlich gab es solche Stimmen, und es gab von vornherein auch viel Unterstützung. Aber ich glaube, das ist alles gewichen. Heute sehen alle, welche positive Wirkung dieses Projekt, dieses ganze Konstrukt hat. Die Kritiker sind komplett verstummt. Was die einfachen Gemeindemitglieder angeht, so empfinden diese es für meine Begriffe auch als sehr positiv, weil sie

in ihrem privaten Bereich, in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis, auf positive Resonanz stoßen. Viele berichten mir von Reaktionen wie: Ich habe gar nicht gewusst, dass ihr so was macht, und es bei euch so zugeht. – Das ist manchmal arg naiv. Aber die Leute sind zumindest offen, sich zu korrigieren und eine positivere Position einnehmen als sie sie früher vielleicht gehabt haben. Von den Gemeindemitgliedern her stößt das durchweg auf positive Resonanz.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich sage herzlichen Dank für die Beantwortung der Fragen, für die Eindrücke und den Bericht. Ich glaube, Sie haben an der Art der Fragestellungen und auch der Reaktionen der Landesregierung gemerkt, dass wir mit Ihnen der Auffassung sind, dass das ein Prozess ist, der – wie auch immer – weitergehen muss und wird. Ich glaube, Sie dürfen durchaus ermutigt von dieser breiten Unterstützung sein. Wir sind natürlich sehr gespannt, was die Landesregierung uns zu den sehr üppigen und für den allgemeinen Haushaltsvollzug bereitstehenden Mitteln sagt, die der Landtag im Dezember zur Verfügung gestellt hat. Ich vermute mal, dass es da keiner Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses bedarf, sondern man Ihnen aus bereitstehenden Mitteln die Möglichkeit gibt, tätig zu werden. Wenn das anders sein sollte, verstehe ich diesen Ausschuss so, dass er sich dafür einsetzen würde, dass kleine Reste trotzdem möglicherweise irgendwo anders herkämen. Dann würden wir mit den Kollegen im Fachausschuss sicherlich darüber reden.

Von meiner Seite noch mal ganz, ganz herzlichen Dank, dass Sie uns heute besucht haben, insbesondere aber für das Engagement, das Sie in vorbildlicher Weise in der Vorbereitung und Durchführung dieses Geschehens an den Tag gelegt haben. Ich bin sicher, wir werden das hier nicht das letzte Mal miteinander begleitet haben und denke, es wird sicher auch in der nächsten Wahlperiode so begleitet werden. Noch mal herzlichen Dank. Wir wünschen Ihnen, dass Sie gut weiter durch die Pandemie kommen und wir dann die Gelegenheit haben, miteinander zu feiern. Danke schön.

Abraham Lehrer (Verein „321 – 2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“): Noch mal vielen Dank für die Einladung.

(Beifall bei allen Fraktionen)

2 Fortschrittsbericht 2021 zur Ruhr-Konferenz (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6165

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Sie hatten 2018 hier im Ausschuss darum gebeten, von der Landesregierung regelmäßig über die Fortschritte der Ruhr-Konferenz informiert zu werden. Dem sind wir sehr gerne nachgekommen. Dies war bereits 2019 nach dem Kabinettsbeschluss der Fall, aber auch mit den jährlichen Fortschrittsberichten, die Sie im August 2020 und im Dezember 2021 übermittelt bekommen haben.

Zur Struktur der Ruhr-Konferenz nur ganz kurz: Sie kennen die fünf Handlungsfelder, die wir entwickelt haben. Wir hatten den Ressorts 2020 in diesem eben erwähnten Kabinettsbeschluss zusätzlich 60,8 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt, um diese Projekte anzuschieben. Mittlerweile – so können Sie auch dem Bericht entnehmen – sind 136 Millionen Euro Landesmittel in diese Projekte der Ruhr-Konferenz geflossen. Das ist, wie Sie aus dem Bericht wissen, nur die erste Säule der Ruhr-Konferenz, neben der zweiten Säule der Partnerprojekte und der dritten Säule der Landes- und Förderprogramme, die auch für das Ruhrgebiet von Nutzen sind.

Ich habe darum gebeten, hier berichten zu können, weil ich Ihnen den schriftlichen Bericht nicht einfach nur zukommen lassen, sondern den Hauptausschuss gerne noch mal damit befassen wollte. Wir sind sehr froh und dankbar für das fraktionsübergreifende Interesse an diesem Prozess und an dieser Region. Wir können sagen, seit dem Start der Ruhr-Konferenz vor drei Jahren sind wir sehr weit gekommen. Es zeichnet sich aber jetzt schon ab, dass dieses Projekt über die Legislaturperiode hinausreicht. So zumindest wäre unser Wunsch. Viele der Projekte sind in der Umsetzung; einige wenige konnten bereits abgeschlossen werden. Sie waren aber vom Umfang her kleiner. 54 Projekte sind noch in der Umsetzung; 17 Projekte sind noch in der Prüfung der Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit.

Das alles sind Projekte, die unter großer Beteiligung der engagiert Mitwirkenden entwickelt worden sind. Insofern ist das Motto der Ruhr-Konferenz „Menschen machen Metropole“, glaube ich, hier mit Leben erfüllt worden. Mich freut sehr, dass Partnerprojekte wie etwa von den Industrie- und Handelskammern mit verschiedenen Clusteransätzen hinzukommen sind. Sie sollen ganz bewusst vonseiten der Kammern unter dem Dach der Ruhr-Konferenz realisiert werden.

In dem Ihnen vorliegenden Bericht haben alle Projekte ein kleines prägnantes Porträt bekommen. Hinzu kommen ein paar Eindrücke mit Interviews von Protagonisten. Wir haben neben diesen Projekten der Ruhr-Konferenz der ersten Säule im engeren Sinne, aber auch den Partnerprojekten versucht darzustellen, was sich in der dritten Säule der Ruhr-Konferenz tut. Das sind Programme, von denen insbesondere das Ruhrgebiet profitiert. Das kann man immer nur ungefähr beziffern. Das ist völlig klar. Aber man kann davon ausgehen, dass mindestens 1,8 Milliarden Euro aus solchen

Programmen im Zeitraum zwischen 2018 und 2021, also seit Beginn der Ruhr-Konferenz, in das Ruhrgebiet geflossen sind. Natürlich sind darunter Mittel, die auch anderweitig mobilisiert worden sind, bei denen wir aber versuchen, dass sie die mit dem Ruhrgebiet identifizierten Handlungsfelder verstärken. Dem gilt auch die Zielsetzung beim 5-Standorte Programm, das wir im Rahmen des Investitionsgesetzes Kohleregionen beim Bund erwirkt und für das wir die Strukturhilfen besonders für die Steinkohlestandorte erkämpft haben, so muss man fast sagen. Sie sollen an der Stelle auch auf die Ziele der Ruhr-Konferenz einzahlen.

All das macht klar, das ist eine gewaltige Aufgabe, wenn wir die Chancenregion Ruhr in die Tat umsetzen wollen, also nicht immer nur von der Misere her, von dem Missstand, von dem was fehlt aus denken, sondern eher von dem, was da ist, von den Stärken her. Da gibt es eine ganze Menge in dieser größten deutschen Metropolregion. Darauf setzen wir in diesem Prozess und glauben, dass wir damit Themen weit über die klassischen Themen des Strukturwandels im engeren Sinne hinaus adressieren, weil darin große Innovationspotenziale liegen, sei es der Bereich „Start-ups“, sei es der Bereich „grüne Infrastrukturen“, seien es die neuen Künste, Talentscouting oder andere Dinge. Durch diesen Prozess hat sich noch mal stärker herauskristallisiert, dass hier die Potenziale liegen.

Dass dieser Prozess auch in anderen Teilen Europas auf Interesse stößt, kann man daran sehen, dass die Metropolregion Greater Manchester auf uns zugekommen ist. Sie hat das mit großem Interesse verfolgt. Hier gab es intensiven Austausch. Künftig soll eine Partnerschaft mit Leben gefüllt werden. Dazu haben wir im September eine Absichtserklärung unterzeichnet. Wir sind sehr dankbar, weil wir nicht nur unsererseits mit dem Prozess etwas für Greater Manchester aufzeigen können, sondern natürlich in der Wechselwirkung von den Freunden im Vereinigten Königreich viel lernen können. Ich finde es besonders schön, dass nach dem Brexit ganz gezielt der Kontakt gesucht worden ist. Gerade die Kohlegeschichte verbindet diese beiden Länder.

Natürlich ist uns bewusst, dass wir nach wie vor große Aufgaben im Ruhrgebiet vor uns haben. Das alles verkennen die Ruhr-Konferenz und auch die Landesregierung nicht. Wir nehmen wahr, dass damit an vielen Orten Aufbruch organisiert und mobilisiert wird. Das wollen wir auch weiterhin tun. Insofern hoffe ich, dass das nicht der letzte Fortschrittsbericht der Ruhr-Konferenz in diesem Ausschuss sein wird.

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk: Ich bedanke mich für den ergänzenden Bericht, auch deshalb, weil es nicht überall üblich ist, dass man unaufgefordert auf die im Laufe einer Wahlperiode gegebene Zusage, regelmäßig zu berichten, zurückkommt. Jedenfalls soll es Gremien geben, in denen man als Vorsitzender noch mal nachhaken muss. Hier ist das nicht so; deshalb Lob und Anerkennung.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Vorsitzender! Herr Liminski, herzlichen Dank für den schriftlichen und den mündlichen Bericht. Was hier vorgelegt worden ist, ist sehr umfangreich. – Ich habe mir die ganzen Beschreibungen angeschaut und mich dann gefragt, was davon eigentlich nicht normales Regierungshandeln ist. Man kann sich nur schwer des Verdachts erwehren, dass Sie lauter Sachen, die Sie sowieso machen

würden, gelabelt haben. Zum Beispiel heißt es da: Die Stadt- und U-Bahnnetze der Region werden saniert, erneuert und auf den neuen Stand der Technik gebracht. – Ich hoffe, das hätten Sie auch ohne das Label „Ruhr-Konferenz“ gemacht. Das kann ich durch diesen umfangreichen Bericht fortsetzen. Eine löbliche Ausnahme ist das, was zum Teil im Bereich von Professor Pinkwart gemacht wird. Dabei sind einige Sachen, von denen ich sagen würde, sie sind on top. Das ist mir aufgefallen.

Die Feststellung, dass Nordrhein-Westfalen Wandel kann, stimmt. Das ist auch schon unter den vorherigen Regierungen gemacht worden. Daran wurde vorher schon gearbeitet. Das ist eine Kontinuität über Jahrzehnte. Wir sind das Beispiel dafür, dass wir immer wieder Herausforderungen begegnen können und mit den Veränderungen klar kommen.

Ich finde es gut, eine Übersicht zu haben. Aber ich finde es ein bisschen weit hergeholt, zu sagen, all diese Projekte sind on top zu dem, was normales Regierungshandeln ist. Das halte ich für nicht ganz redlich. Ich denke, man sollte da ehrlich sein. Wir stehen kurz vor einer Landtagswahl. Da ist es natürlich schön, wenn man sein Regierungshandeln der letzten viereinhalb Jahre mit einem entsprechenden Label verbinden kann, damit das schicker aussieht. Aber bei vielen Projekten habe ich mich gefragt: Hätte es diese Maßnahme der Landesregierung bzw. des jeweiligen Ministeriums nicht gegeben, wenn man die Ruhr-Konferenz nicht hätte? Das wäre schlimm; das wäre Arbeitsverweigerung.

Ich denke, der Fortschrittsbericht ist interessant. Er gibt Einblick in die Bewertung dessen, was die Landesregierung in den letzten viereinhalb Jahren gemacht und angestoßen hat. Viele Sachen sind ja noch auf dem Weg. Mich interessiert, wie es mit einer Evaluation aussieht. Wir haben gerade gehört, wenn man evaluieren will, muss man das frühzeitig planen – nicht erst, wenn alles vorbei ist, sondern parallel. Das war beim vorherigen Tagesordnungspunkt schon Thema. Mich interessiert, ob so etwas geplant wird und wenn, anhand welcher Kriterien das geschieht.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Herr Liminski, danke für den Bericht. Sie sagten gerade, man sollte an die Stärken anknüpfen. Da bin ich grundsätzlich bei Ihnen und würde Ihnen zustimmen. Wenn man sich aber die Situation vieler Ruhrgebietskommunen anguckt, muss man ganz klar sagen, dass diese mit Problemen zu kämpfen haben, was zum Beispiel die finanzielle Ausstattung und Situation vor Ort angeht. Mit diesem Projekt der Landesregierung ist das in keiner Weise irgendwie verbessert worden. Was den Ruhrgebietskommunen tatsächlich geholfen hätte, wäre zum Beispiel ein Altschuldenfonds der Landesregierung gewesen. Dieser wurde nach wie vor nicht geschaffen. Man hatte ihn zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt; er ist aber nicht umgesetzt worden.

Im Ruhrgebiet gibt es auch CDU-Bürgermeister, die Ihnen das ganz klipp und klar sagen. Das ist deren Problem vor Ort. Sie haben schlichtweg kein Geld, um die vielen Dinge umzusetzen, die sie machen müssten und wollen. Sie hätten dem Ruhrgebiet sehr helfen können, wenn Sie als Landesregierung an diesem Punkt etwas geleistet und umgesetzt hätten. Das wäre wirklich eine effektive Hilfe für die Ruhrgebietsstädte und damit natürlich auch für die Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet.

Ich muss Frau Müller-Witt recht geben. Wenn man diesen Bericht durchguckt, dann fragt man sich an vielen Stellen: Ist das wirklich aufgrund dieser Ruhr-Konferenz umgesetzt worden, oder ist das nicht eigentlich alltägliches Regierungshandeln?

Ich will auf einen Punkt hinweisen, an dem ich ein bisschen schmunzeln musste. Auf Seite 13 wird die Mobilitätszentrale vorgestellt, die in Leverkusen sitzt. Ich frage mich, was Leverkusen mit dem Ruhrgebiet zu tun hat. Es erschließt sich mir nicht so ganz, warum man so etwas mit reinnimmt. Ich habe nicht bei jedem Projekt geprüft, wo es angesiedelt sind. Mir ist aber aufgefallen, unter vielen Projekten steht, dass die Gespräche und die Umsetzung erst im Jahr 2022 erfolgen sollen. Relativ weit vorne gibt es eine Übersicht, in der steht, wie viele Projekte angeblich schon in der Umsetzung seien. Solche Projekte wie zum Beispiel „Ruhrfußball“ sind in Planung, wenn auch noch nicht weit fortgeschritten. Das ist der Ausblick auf 2022. Ist in Planung. Okay. Heißt das, das Projekt wird zu denen gezählt, die schon in Umsetzung sind? Sie haben eine eigene Statistik aufgestellt. Auf Seite 8 ist der Stand der Ressortprojekte aufgeschlüsselt. 55 seien in Umsetzung. Zählen Projekte, bei denen die Gespräche erst 2022 anfangen sollen, schon zur Kategorie „in Umsetzung“, oder sind die noch beim Status „Prüfung der Umsetzbarkeit und der Finanzierbarkeit“? Wie gesagt, man hätte alles noch mal im Einzelnen durchgehen und auswerten müssen. Das habe ich in der Tiefe nicht getan; das gebe ich zu. Das müsste man sich eigentlich noch mal anschauen. Ich glaube nämlich, dass an vielen Stellen Dinge aufgeführt sind, die bei Weitem nicht so weit sind, wie Sie das vorgeben und als Landesregierung versuchen zu suggerieren.

Ich will mich Frau Müller-Witt anschließen, was die Frage der Evaluation angeht. Wenn man wissen möchte, ob diese Ruhr-Konferenz etwas für das Ruhrgebiet gebracht hat, dann müsste man eine Evaluation machen. Dann hätte man von vornherein festlegen müssen, welche konkreten Ziele man für Ruhrgebiet erreichen will, und müsste anhand dieser Ziele ganz konkret überprüfen: Hat die Ruhr-Konferenz etwas zur Verbesserung der Situation im Ruhrgebiet beigetragen? – Meine Einschätzung ist, dass das wahrscheinlich nicht messbar ist, weil man das nicht messen wollte und viele Sachen, die man in diese Hochglanzbroschüre geschrieben hat, eigentlich ohnehin vorgesehen waren.

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei): Herr Vorsitzender! Danke für die Fragen. Sie geben mir willkommene Gelegenheit, auf einige Punkte einzugehen, die nicht nur in diesem Ausschuss, sondern auch sonst manchmal im Rahmen der politischen Debatte vorgetragen werden.

Ich fange mit dem Thema „normales Regierungshandeln und Zusätzlichkeit durch die Ruhr-Konferenz“ an. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in der Freigabe irgendwo der Satz steht: Alles, was hier steht, ist on top und wäre mit normalem Regierungshandeln nicht realisiert worden. – Das behaupten wir nicht. Insofern muss ich das gar nicht rechtfertigen, weil Sie die Aussage eher unterstellen.

Wir haben immer gesagt, dass der Prozess der Ruhr-Konferenz für die besonderen Lagen im Ruhrgebiet angemessene Lösungen präsentieren soll. Ich glaube, das bringen die drei Säulen ganz gut zum Ausdruck. Das beginnt damit, dass man die Region

stärker einbezieht als das bisher der Fall war. Wir können uns natürlich alles schönreden, aber dass der Strukturwandel im Ruhrgebiet durchgehend eine Erfolgsgeschichte sein soll, entspricht zumindest nicht der Wahrnehmung vieler Menschen. Das hat auch damit zu tun, dass der Strukturwandel früher aus Düsseldorf am grünen Reißbrett geplant worden ist, aber nicht mit den Akteuren in der Region. Damit ist nicht die Zeit ab 2017 gemeint, sondern eher Zeiten davor.

Den Prozess, dass man mit Akteuren des Ruhrgebiets die Themen identifiziert, in denen Potenziale liegen, um Wirtschaftskraft und Lebensqualität im Ruhrgebiet zu steigern, habe ich selbst immer wieder erlebt. Ich hatte als Medienstaatssekretär die Verantwortung für fünf eigene Projekte, die übrigens alle laufen und ohne die Ruhr-Konferenz nicht von alleine wie Pilze aus dem Boden gewachsen wären. Da können Sie die Akteure fragen. Die mussten schon erst einmal liebevoll entwickelt und dann unterstützt werden. Sie wissen selbst, wie schwierig das Geschäft gerade in der Medienlandschaft ist. Da wird das schon als Hoffnungsschimmer in einer ansonsten etwas schwierigen Umgebung wahrgenommen. Das ist uns trotz Corona gelungen. Das sind keine riesigen Beträge. Ich will erinnern, zu Beginn der politischen Debatte zur Ruhr-Konferenz gab es für einige Vertreter im Landtag bei der Messbarkeit immer nur eine Größe, nämlich die Höhe der investierten Gelder. Dieses Tonnagedenken teilen wir als Landesregierung nicht. Insofern glaube ich, eine Evaluierung, die danach werten würde, wie viele Millionen wie investiert worden sind, eher eine Politik der Vergangenheit darstellt als einen modernen Politikansatz. – So viel zur Messbarkeit.

Die Tatsache, dass wir jedes Jahr einen eigenen Bericht dazu vorlegen, ist schon Teil einer Evaluierung. Wir stellen jedes Jahr selbst Öffentlichkeit her und machen selbst nachvollziehbar: Gibt es einen Fortschritt oder nicht? – Insofern stellen wir uns schon der öffentlichen Debatte. Man könnte auch nur auf Nachfrage sagen: Es läuft. – Das tun wir nicht, sondern stellen den Fortschritt selbst dar.

Man kann die gebildeten Kategorien kritisieren. Das ist okay. Ich kann nur sagen, von den 55 Projekten, bei denen „in Umsetzung“ steht, wissen wir zum heutigen Zeitpunkt sicher, dass sie realisiert werden. Sie sind entweder in der Vorbereitung ...

(Zuruf)

– Gut. Man kann natürlich sagen, frühere Landesregierungen haben alles, was sie begonnen haben, glorreich zu Ende geführt. Wir haben damals ganz bewusst den Ansatz gewählt und gesagt: Das sind 74 Projekte, die es verdienen, weiterverfolgt zu werden. Die haben wir entwickelt. Es war auch klar, es kann darunter welche geben, die sich unterwegs als Projekte herausstellen, die wir nicht weiterverfolgen wollen. Ich glaube übrigens, anders geht moderner Strukturwandel nicht. Sie können natürlich jedes Mal sagen: Das ist die eine Lösung, und die muss in 20 Jahren noch richtig sein. – Ich halte das nicht für besonders zielführend. Deswegen ist es ein sehr transparenter Schlüssel, zu sagen: Die zwei – in der Broschüre steht erst eines – sind umgesetzt. Die 55 werden definitiv realisiert, sind also entweder in der Vorbereitung so weit vorangeschritten oder sogar in der Umsetzung. – Man kann natürlich noch weiter aufschlüsseln. Irgendwann strapaziert man den Rahmen dann vielleicht etwas über. Zu den anderen Projekten haben ich eben ausgeführt, sie sind in der Prüfung, ob sie umsetzbar und finanzierbar

sind. Da machen wir uns ganz transparent und ganz ehrlich. Ich weiß nicht, wo es bei den Punkten an Öffentlichkeit oder Transparenz fehlt.

Zur Frage des normalen Regierungshandelns: Ich könnte Ihnen aus dem Stand einige Projekte nennen, die definitiv nicht von alleine erwachsen wären, weil die Sonne aufgeht. Wenn ich an die Sicherheitskommission Ruhr denke, wenn ich an die grüne Infrastruktur denke, hat es vor 2017 keine entsprechenden Ansätze gegeben, das in großem Maßstab zu entwickeln. Man hätte damals ja auch auf die Idee kommen können, wenn das normales Regierungshandeln gewesen wäre.

Das Projekt „Neue Künste“ nenne ich ebenso wie die Research Alliance. Seien wir ehrlich: Die Universitätsallianz in der bisherigen Form war ein Schild an drei Rektoren, viel mehr allerdings nicht. Sie können die Betreffenden fragen: Erst der Prozess der Ruhr-Konferenz hat dazu geführt, dass wir jetzt – auch mit massivem finanziellem Einsatz der Landesregierung – tatsächlich zu der Schwerpunktbildung kommen, die aus Sicht vieler Experten richtig ist, um die Universitätslandschaft im Ruhrgebiet so aufzustellen, dass sie Schwerpunkte bildet und in ihrer Forschungsqualität international wettbewerbsfähig wird. Wir werden das am 10. Februar untermauern.

Dieser Prozess war schwierig. Natürlich. Bisher haben Universitäten jeweils für sich geplant. Das ist völlig normal. Ich habe zumindest wahrgenommen, dass das ein intensiver Prozess war, der sich nicht von alleine ergeben hätte. Wenn man die drei Rektoren, die kürzlich öffentlich Interviews gegeben haben, fragt, werden sie das bestätigen, und die sind bekanntermaßen unabhängig und keine Vertreter der Landesregierung.

Wenn ich allein an die genannten Projekte denke, sind das alles Dinge, die nicht von alleine entstanden wären. Ich finde es schade, dass man nicht einfach mal diese Potenziale und die Dynamik, die sich da ergeben hat, beim Namen nennen und würdigen kann. Das heißt noch nicht, dass das irgendwie glorreich und der Stein der Weisen ist. Nach vielen Jahren, in denen das nicht so üblich war, sind das aber doch mal Positivverzahlungen aus dem Ruhrgebiet. Ich glaube, das brauchen wir, wenn wir zu einem Imagewandel beitragen wollen.

Der Einschätzung, dass mit der Ruhr-Konferenz nicht alle Probleme gelöst sind, stimme ich Ihnen zu 100 % zu. Thema „Altschuldenfonds“. Völlig klar. Auch da haben wir von Anfang an Transparenz hergestellt und sehr deutlich gesagt – das habe auch ich hier im Ausschuss getan –, dieses Thema sprengt den Rahmen eines solchen Prozesses, weshalb wir es explizit ausgenommen haben. Das ist keine investigativ herausgefundene Erkenntnis, sondern das haben wir als Landesregierung gesagt. An der Stelle sollte man das eine aber doch nicht lassen, um das andere zu tun. Dass das Thema „Altschuldenfonds“ trotzdem weiterhin auf der Tagesordnung steht, ist völlig klar. Wir stehen dazu im Übrigen auch im Austausch mit dem BMF, weil sich die neue Bundesregierung vorgenommen hat, dieses Thema noch einmal anzugehen.

Ich werbe dafür, dass wir in der Begleitung dieses Projektes sehen, was dadurch tatsächlich an zusätzlicher Dynamik entfaltet wird. Wir stimmen überein, dass das nicht die Lösung aller Probleme ist. Der Analyse, dass das allerdings nur Papier mit bunter Farbe ist, kann ich nicht zustimmen.

3 **NRW muss eine Strategie für eine eigenständige und einmischende Kinder- und Jugendpolitik entwickeln!**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14941

Ausschussprotokoll 17/1673 (Anhörung vom 09.12.2021)

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend – federführend – sowie an den Hauptausschuss am 09.09.2021)

Elisabeth Müller-Witt (SPD) schickt voraus, der Schwerpunkt liege eindeutig im federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend. Demokratiebildung in der Schule stelle eine wichtige Voraussetzung dar, damit Kinder und Jugendliche partizipative Prozesse erlernen und selbst an Prozessen partizipieren könnten. Dazu gehöre auch die immer wieder angesprochene Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Sie stehe im Zusammenhang mit dem Erlernen von und der Teilnahme an partizipativen Prozessen und dem Vermitteln von Demokratiebildung. In Österreich gelte für sämtliche Wahlen das Mindestwahlalter von 16 Jahren. Nach einer Untersuchung hänge die gute Wahlbeteiligung in dieser Altersklasse auch damit zusammen, dass in den Schulen sehr intensiv politische Bildung und Demokratiebildung vermittelt werde. Nach Verlassen der Schule werde es schwieriger, junge Leute zur Wahlteilnahme zu bewegen. Das habe eine begleitende wissenschaftliche Untersuchung damals festgestellt.

Die Partizipationsrechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Landesverfassung zu verankern, sei in der Anhörung positiv konnotiert worden.

Der geforderte Kinder- und Jugendcheck von Gesetzen sei nicht ungewöhnlich. Das Mittelstandsförderungsgesetz lege beispielsweise fest, Gesetze durch die Clearingstelle Mittelstand und den Beirat im Hinblick auf Auswirkungen auf den Mittelstand prüfen zu lassen. Was der Wirtschaft billig sei, sei erst recht für Kinder und Jugendliche nötig.

Angela Freimuth (FDP) entgegnet, in Nordrhein-Westfalen sei das Wahlalter nicht einfachgesetzlich geregelt, sondern in der Verfassung verankert. Viele Diskussionen über das Wahlalter seien geführt worden. Die FDP werbe dafür, das Wahlalter aus der Verfassung herauszunehmen und gleichzeitig abzusenken. Die dafür erforderliche parlamentarische Mehrheit habe weder in der laufenden noch in früheren Legislaturperioden hergestellt werden können.

Die Regierungskoalition auf Bundesebene habe sich darauf verständigt, eine solche Regelung auf Bundesebene vorzusehen, obwohl die SPD in der vorherigen Wahlperiode einen solchen Antrag noch abgelehnt habe. Möglicherweise befördere die Veränderung im Bund eine Änderung auf Landesebene.

Der Antrag enthalte einige richtige Feststellungen. Gerade mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie auf Kinder und Jugendliche wünsche sie sich ein noch stärkeres Bemühen der Landesregierung und des Parlaments insgesamt, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche – insbesondere Kitas und Schulen – so lange und so gut wie möglich in Präsenzform aufrechtzuerhalten. Das persönliche Begegnen und der persönliche Kontakt von Kindern und Jugendlichen untereinander stelle ein ganz wesentliches Element der Persönlichkeitsbildung dar.

Da der Antrag zum Beispiel mit Blick auf die systematische Einbeziehung junger Menschen auch einige überzogene Bewertungen der tatsächlichen Praxis enthalte, lehne die FDP-Fraktion ihn insgesamt jedoch ab.

Verena Schäffer (GRÜNE) unterstreicht, letztendlich gehe es um die Beteiligung eines großen Bevölkerungsteils. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stelle einen bedeutenden Teil von Demokratie in der Gesellschaft dar und diene der Demokratiebildung, dem Erleben demokratischer Mitbestimmung und der Selbstwirksamkeit.

Während der Pandemie sei häufig darüber diskutiert worden, dass Perspektiven, Bedarfe und Interessen von Kindern und Jugendlichen viel zu wenig Berücksichtigung fänden. Die Gesellschaft könne insgesamt nur gewinnen, wenn Kindern und Jugendlichen mehr Partizipation zugestanden werde. Dabei müsse es um echte Partizipation gehen; die Interessen der Kinder und Jugendlichen müssten also wirklich wahrgenommen und ernst genommen werden und in Entscheidungsprozesse einfließen.

Die Beibehaltung des bisherigen Wahlalters auf Landesebene sei absurd, wenn der Bund gleichzeitig das aktive Wahlalter auf 16 Jahre absenke.

Im Antrag werde darüber hinaus die kommunale Jugendbeteiligung angesprochen. Diese müsse aus Sicht der Grünen stadtteilbezogen sein, dürfe sich nicht nur auf Kinder- und Jugendparlamente beziehen und solle möglichst viele einbeziehen, statt nur eine bestimmte Klientel anzusprechen.

Sehr wichtig sei – analog zum Gender Mainstreaming und mit Blick auf die insgesamt älter werdende Gesellschaft – die Idee des Kinder- und Jugendchecks auf Landesebene.

Daniel Hagemeier (CDU) hält Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich für den Vorreiter bei der Einbindung und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche verfügten schon gegenwärtig über viele Möglichkeiten – politische Jugendorganisationen, Vereine, Initiativen, gewerkschaftliche und kirchliche Gruppierungen –, sich einzubringen. Dazu zählten zudem der Landesjugendring, der Kinder- und Jugendrat NRW, die Landesschülervertretung und der Jugendlandtag. Auch in vielen Kommunen in NRW sei die Beteiligung junger Menschen beispielsweise über Kinder- und Jugendräte bewährte und gelebte Praxis.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

4 Sachstand der bisherigen Auswirkungen des Umsetzungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6278

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei) trägt vor:

Der Bericht des Ministers des Inneren vom 14. Januar liegt Ihnen vor. Ich will mündlich darauf eingehen. Das erscheint notwendig; denn naturgemäß ist dieser Bericht zu den ersten fünf Fragen nicht sehr ergiebig, da in diesen Fragen Zahlen erbeten werden, die von und mit den Kommunen zusammengestellt werden müssen. Ich sage gern zu, dass wir uns bemühen, diese Zahlen rechtzeitig bis zur nächsten Ausschusssitzung am 10. Februar zu übermitteln. Wir arbeiten bereits gemeinsam mit den Kollegen im Innenministerium daran.

Auf die sechste Frage will ich ausführlicher eingehen. Sie zielt auf die drei neu geschaffenen besonderen Voraussetzungen für die sogenannten Qualitätsspielhallen ab. Das ist die besondere Schulung des Personals, der Sachkundenachweis bei den Spielhallenbetreibern und die Zertifizierung der Spielhallen. Wir sind in einem Umsetzungsprozess, dessen Stand ich hier kurz schildern will:

Die Voraussetzungen eröffnen erst die Anwendung des geringeren Mindestabstands von 100 m statt 350 m zwischen zwei Qualitätsspielhallen. Gleichzeitig sind sie notwendig, damit im baulichen Verbund stehende Spielhallen befristet bis Ende 2028 weiter betrieben werden können.

Für die drei genannten neuen Voraussetzungen mussten jeweils drei eigene Verfahren implementiert werden und musste mit Blick auf die Zertifizierung identifiziert werden, wer die Zertifizierungsstellen darstellen könnte. Insofern war von Anfang an klar, dass diese Voraussetzungen nicht zeitnah zum Inkrafttreten des neuen Staatsvertrags am 1. Juli 2021 erfüllt sein konnten.

Stand heute ist, dass die besonderen Personalschulungen, also die erste der drei Qualitätskriterien, bereits angeboten werden können. Die Schulungen und Prüfungen für den Sachkundenachweis – das zweite Qualitätskriterium – werden ab Ende dieses Monats verfügbar sein. Die ersten Zertifizierungsstellen werden bis Ende des Quartals akkreditiert sein. Insofern können wir die drei Qualitätskriterien in absehbarer Zukunft tatsächlich für die Betroffenen erhältlich machen. Wir sind insofern ein Stück weitergekommen. Das ist wichtig, weil die Übergangsregelungen den Bestandsspielhallen dabei helfen, den Betrieb nicht in einer Übergangsphase einstellen zu müssen. Das ist aus unserer Sicht aber auch hinreichend rechtlich klargestellt; denn § 18 des Ausführungsgesetzes bestimmt, dass alle bis zum 30. Juni 2021 ausgelaufenen Erlaubnisse bei rechtzeitiger Antragstellung für eine neue Erlaubnis kraft Gesetzes bis zum 30. Juni 2022 fortgelten. Damit haben wir eine Übergangsfrist geschaffen, die Rechtssicherheit herstellt.

Unser Innenministerium hat mit einem Erlass vom Oktober des letzten Jahres dafür gesorgt, dass bei den als Qualitätsspielhallen in Betracht kommenden Spielstätten, die noch nicht die dafür nötigen Voraussetzungen sicherstellen konnten, eine Ablehnung des Erlaubnisanspruchs erst einmal unterbleiben soll und regelmäßig aufgrund des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes die Betriebsfortsetzung bis zur Erfüllbarkeit der Voraussetzungen faktisch zu dulden sind. An der Stelle müssen wir als Staat erst einmal die Voraussetzungen schaffen, bevor Fakten geschaffen werden. Für die Verbundspielhallen sieht der eben schon erwähnte § 18 ohnehin eine Übergangsfrist bis Ende 2022 vor, sodass hier für die nötige Sicherheit gesorgt ist.

Damit glauben wir, dass eine vernünftige Lösung für die Übergangsphase der Implementierung des neuen Rechts vorliegt, um einerseits den erforderlichen Bestandsschutz zu gewähren und andererseits den Druck für eine zeitnahe Erfüllung der Anforderungen aufrechtzuerhalten. Beides ist in unserem Interesse. Hier kommen wir den Rechtsinteressen entgegen.

Ich will noch ganz kurz etwas zum Online Casino Gesetz sagen. Wir hatten dem Parlament bereits im Sommer einen Gesetzentwurf übermittelt. Dazu wurde eine Verbändeanhörung durchgeführt und das Notifizierungsverfahren bei der EU angestrengt. Das ist ohne Beanstandungen absolviert worden. Es gab nicht einmal eine Eingabe zum Beispiel aus Malta. Das Landeskabinett hat daher den Gesetzentwurf am Dienstag ohne nennenswerte Änderung gebilligt und die Einbringung in den Landtag beschlossen. Die erste Lesung kann bereits in der nächsten Woche stattfinden. Ich will anmerken, dass sich die Landesregierung sehr freuen würde, wenn es gelänge, das parlamentarische Verfahren noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluss zu bringen. Seitens der Landesregierung bieten wir dazu jedwede Hilfestellung und Bereitschaft an.

Wenn die entsprechenden Änderungen beim Glücksspielstaatsvertrag abgeschlossen sind, gibt es unter den Ländern die Übereinkunft, dass damit die Zuständigkeit für das Glücksspiel stärker auf die Innenminister übergeht. Das heißt, das Hohe Haus wird wahrscheinlich im Übergang zur nächsten Legislaturperiode überlegen müssen, wie es mit der Zuständigkeit für dieses Thema im Ausschnittzuschnitt sinnvoll umgeht. Ich will nur anmerken, dass es diese Überlegung gibt. Das Thema könnte auch in zwei Ausschüssen begleitet werden. In dieser Legislaturperiode sind wir gut aufgestellt, und ich habe Interesse daran, dass wir das Thema hier weiterhin in dem Geiste beraten, wie wir das tun.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) gibt zu bedenken, in der auslaufenden Legislaturperiode werde es schwierig sein, noch eine Sachverständigenanhörung durchzuführen und auszuwerten. Deshalb könne es im Sinne einer zügigen Beratung hilfreich sein, dem Ausschuss die Ergebnisse der von der Landesregierung durchgeführten Anhörung zur Verfügung zu stellen. Anhand dieser Unterlagen könne der Ausschuss über die Notwendigkeit einer weiteren Anhörung entscheiden.

StS Nathanael Liminski (Chef der Staatskanzlei) sagt dies gerne zu.

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich für das Bemühen der Landesregierung, möglichst zeitnah ergänzende Informationen zur Verfügung zu stellen und regt an, die weitere Diskussion auf die nächste Sitzung am 10. Februar zu vertagen.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, die weitere Behandlung des Tagesordnungspunktes auf die Sitzung am 10. Februar 2022 zu vertagen.

5 Aktueller Sachstand Wanderausstellung des Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalens *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage])*

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk erklärt, die Berichtsbitte der SPD sei an das Haus der Geschichte kommuniziert worden. Die Stiftung habe einen schriftlichen Bericht in Aussicht gestellt. Dieser sei für Mitte Februar zu erwarten und werde dem Ausschuss dann zur Verfügung gestellt.

Allen seien die rechtlichen Rahmenbedingungen bekannt: Es handele sich um eine selbstständige Stiftung mit eigenen Organen. Der Ausschuss habe daher keine Möglichkeit, sich aus operativen Tätigkeiten dieser verselbstständigten Stiftung ohne Weiteres ständig berichten zu lassen.

6 Verschiedenes

a) Sitzung und Workshop am 10. Februar 2022

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk erinnert, die nächste Sitzung des Hauptausschusses am 10. Februar 2022 beginne bereits um 9:30 Uhr und dauere bis maximal 11:30 Uhr, um danach direkt in den Workshop mit Herrn PStS Klaus Kaiser sowie Fachleuten zum Thema „Demokratiebericht weiterentwickeln“ zu starten.

b) Laufende Gesetzgebungsverfahren

Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk informiert, mindestens zwei Gesetzgebungsverfahren habe der Hauptausschuss noch federführend oder mitberatend zu behandeln, nämlich den Entwurf eines Gesetzes über die Zulassung von Online-Casinospielen und den zweiten Medienänderungsstaatsvertrag. Daher sei eine Obleuterunde erforderlich.

gez. Dr. Marcus Optendrenk
Vorsitzender

Anlage

07.02.2022/07.02.2022

12



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Herrn Dr. Marcus Optendrenk MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Elisabeth Müller-Wit/MdL
Sprecherin im Hauptausschuss

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-225 12
F 0211.884-31 86
elisabeth.mueller-wit@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

10.01.2022

Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Hauptausschusses am 20.01.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion im
Hauptausschuss benenne ich für die Sitzung des Hauptausschusses
am 20.01.2022 folgende zwei Tagesordnungspunkte:

1. Sachstand der bisherigen Auswirkungen des Umsetzungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 Schriftlicher Bericht der Landesregierung

Hintergrund:

Mit der Verabschiedung des Glücksspielstaatsvertrages 2021
und des Umsetzungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag
2021 NRW haben sich verschiedene Rahmenbedingungen für
das Glücksspielangebot in Deutschland und NRW verändert.
Die Landesregierung wird deshalb gebeten im schriftlichen
Bericht insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele glücksspielrechtliche Erlaubnisse nach neuer
Rechtslage sind (soweit kurzfristig erfassbar:
aufgeschlüsselt nach Kommunen) in NRW bis zum
31.12.2021 beantragt worden?

#SozialerFortschritt

Für die Vielen,

nicht die Wenigen.



2. Wie viele dieser Anträge (aufgeschlüsselt nach Kommunen) wurden in NRW für Spielhallen beantragt, die ihren Betrieb nach alter Rechtslage einstellen mussten?
3. Wie haben sich die veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen auf die Anzahl der Mehrfachkonzessionen für Verbundspielhallen in NRW (aufgeschlüsselt nach Kommunen) ausgewirkt?
4. Wie hat sich die Anzahl der Spielhallen und Wettannahmestellen in NRW durch veränderte Abstandsregelungen (aufgeschlüsselt nach Kommunen) verändert?
5. Wie hat sich die Anzahl der Gerichtsverfahren seit Inkrafttreten des Umsetzungsgesetzes zum Glücksspielstaatsvertrag 2021 zu glücksspielrechtlichen Erlaubnissen in NRW entwickelt?
 - a. Wie viele Verfahren waren zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Umsetzungsgesetzes nicht abgeschlossen?
 - b. In wie vielen Verfahren wurde einer beantragten glücksspielrechtlichen Erlaubnis nach Inkrafttreten des Umsetzungsgesetzes nicht stattgegeben?
6. Wie ist der weitere Zeitplan für die Implementierung der erforderlichen Zertifizierungsverfahren, der Schulung zwecks Erwerbs des Sachkundenachweises bzw. Personalschulung insbesondere nach § 17a AG GlüStV NRW und nach § 16 Absatz 4 AG GlüStV NRW bis zum Auslaufen der Übergangsregelungen zum 30. Juni 2022 bzw. bis zum 31. Dezember 2022?



2. Aktueller Sachstand Wanderausstellung des Hauses der Geschichte Nordrhein-Westfalens

Schriftlicher Bericht

Hintergrund:

Der Vorsitzende wird gebeten zum Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens Kontakt aufzunehmen und nach Möglichkeit einen schriftlichen Bericht zum aktuellen Konzept und Zeitplan der Wanderausstellung zu erhalten. Zum Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens berichtete Professor Dr. Hütter in der Sitzung des Hauptausschusses am 2. Juni 2021, dass „im Sommer, Herbst, Spätsommer mit einer Wanderausstellung“ begonnen werden solle, er jedoch noch keinen festen Zeitplan nennen könne (APr 17/1438, Seite 12, 14 und 18). Weiterhin berichtete er, dass die Wanderausstellung in jede Kreisfreie Stadt und in jeden Kreis in NRW kommen solle. Hierbei solle es auch Diskussionsveranstaltungen geben. Die Konkretisierung der Wanderausstellung inklusive ihres Konzeptes sollte jedoch erst nach Fertigstellung der Jubiläumsausstellung erfolgen, weshalb im Juni 2021 hierzu noch kein genauerer Bericht erfolgen konnte.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Müller-Witt MdL
Sprecherin im Hauptausschuss